

ippnw forum

das magazin der ippnw
nr129 märz12 3,50€
internationale ärzte
für die verhütung des
atomkrieges — ärzte in
sozialer verantwortung



© ddp images/AP/David Guttenfelder



- Braucht der Fußball Atomkraft?
- Frieden durch Gesundheit
- 6 Fragen an Malalai Joya

Mit 16-seitiger Sonderbeilage
zum Gedenken an
Horst-Eberhard Richter

Ein Jahr Reaktorkatastrophe in Fukushima:
Unfallhergang, Evakuierungen, Geisterstädte und
das Leben nach der atomaren Katastrophe



IPPNW steht für „International Physicians for the Prevention of Nuclear War“. Wir engagieren uns für eine Welt ohne atomare Bedrohung und Krieg, wurden 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet und sind in über 60 Ländern aktiv.



In der IPPNW engagieren sich Ärztinnen und Ärzte, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Medizinstudierende für eine menschenwürdige Welt frei von atomarer Bedrohung. Frieden ist unser zentrales Anliegen.

Daraus entwickeln wir unser vielfältiges Engagement. Wir setzen uns ein für die Ächtung jeglicher Kriege, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen. Dabei leiten uns unser ärztliches Berufsethos und unser Verständnis von Medizin als einer sozialen Wissenschaft.

Für eine Welt ohne atomare Bedrohung

Für eine Welt in Frieden

Für eine Medizin in sozialer Verantwortung



//////////////////////////ABONNEMENT////////////////////////////////////

☐

zum Preis von 20 Euro/Jahr

☐

zum Förderpreis von 40 Euro/Jahr

//////////////////////////MITGLIED WERDEN////////////////////////////////////

☐

Ich möchte IPPNW-Mitglied werden

Jahresbeitrag: ÄrztInnen 120 Euro,
Fördermitglieder 52 Euro,
Studierende 32 Euro.

//////////////////////////FREUNDE WERBEN////////////////////////////////////

Bitte senden Sie

☐

einen Mitgliedsantrag

☐

ein unverbindliches Forum-
Probeexemplar an:

IPPNW
Deutsche Sektion
Körtestraße 10
10967 Berlin

Name

Straße

Plz, Ort

E-Mail

Unterschrift

Online finden Sie diese Angebote unter www.ippnw.de/aktiv-werden



Reinhold Thiel ist Vorstandsmitglied der IPPNW Deutschland und engagiert sich besonders im Bereich Strahlenschutz.



Fukushima am 11. März 2011: Zuerst waren Erdbeben und Tsunami, dann kam die atomare Katastrophe, danach folgte die Informations-Katastrophe.

Ich kenne keine atomare Katastrophe, die nicht mit einer Informations-Katastrophe einhergegangen wäre. Unser Bemühen, der Informations-Katastrophe entgegen zu wirken, war vielfältig und führte schließlich zum monatlichen Fukushima-Newsletter, u. a. auch übersetzt in die japanische Sprache.

Das aktuelle Heft erinnert und dokumentiert. Wir rufen erneut auf, das Projekt 47 zu unterstützen, um unabhängige Messungen von Bodenproben und Nahrungsmitteln für das tägliche Leben der Menschen in Japan zu ermöglichen.

In Japan waren im Januar 2012 nur noch 5 von früher 54 Atomreaktoren am Netz, ohne dass es trotz eines kalten Winters zu Stromausfällen gekommen wäre. In Deutschland hat Fukushima eine breite politische Bewegung durch alle Bevölkerungsschichten ausgelöst – weg von der Atomenergie und hin zu 100% erneuerbaren Energien. Das Ziel „100 % erneuerbare Energie“ ist für uns zum Garant für den vollständigen Ausstieg aus Atomkraft und Kohle geworden.

Neu ist, dass dafür nicht einzelne Großanlagen notwendig sind. Wir können unser Ziel durch kluge Vernetzung vieler kleiner Maßnahmen erreichen. Das hat auch friedenspolitische Aspekte. Die Vernetzung vieler kleiner Anlagen, die Entwicklung von Energiespeichern und die Realisierung vieler kleiner und intelligenter Energieeinsparungen verhindern Kriege um Ressourcen und militärische Interventionen zum Schutz von Pipelines und Giga-Strom-Trassen und machen uns nichterpressbar durch Terror. Der IPPNW-Beitrag dafür hat schon einen Namen: „IPPNW-Peace-Power-Net-Work“. Mehr dazu auch in diesem Heft und unter www.ippnw-peace-power.net

Damit grüße ich herzlich.

Ihr Reinhold Thiel

Braucht der Fußball Atomkraft? 8
Wie der Atomkonzern Areva durch Sponsoring sein Image aufpoliert



Ein Jahr Reaktorkatastrophe von Fukushima: Eine traurige Bilanz 18



IPPNW-Weltkongress 2012: From Hiroshima to Future Generations 28



THEMEN

Braucht der Fußball Atomkraft?	8
IPPNW-Peace-Power-Net-Work	10
Mandatsverlängerung: Kein Weg zur Sicherheit	
Afghanistans	11
Keine Energie mehr	12
Leben hinter der Mauer	13
Frieden durch Gesundheit	14
Regime Change Nr. 3 ?	16

SCHWERPUNKT

Nukleare Geisterstädte	18
Fukushima – eine Chronik der Katastrophe	20
Zwischen Patriotismus und Protest	22
Vier Tage im März	24
Lost in Radiation? Wohl kaum ...	27

WELT

IPPNW-Weltkongress: From Hiroshima to Future Generations	
Generations	28
Frieden und Gesundheit im Nahen Osten	30

RUBRIKEN

Editorial	3
Meinung	5
Nachrichten	6
Aktion	31
Gelesen, Gesehen	32
Gedruckt, Geplant, Termine	33
Gefragt	34
Impressum/Bildnachweis	33



Elmar Altvater
ist Professor für
Politikwissenschaft,
Autor und neues
Beiratsmitglied der
IPPNW Deutschland.

Foto: Fiona Krakenbürger/attac Deutschland

Erstarrte Verhältnisse bewegen: Was unterscheidet Occupy in den USA, in London oder Frankfurt heute von der Hausbesetzer- Bewegung der frühen 1980er Jahre in Berlin?

Was von den Landbesetzungen in Brasilien durch die Bewegung der Landlosen? Oder von den Arbeitern, die 2001 in Argentinien arbeitslos wurden und ihre Betriebe in Besitz genommen haben? Oder von den Indigenen in Bolivien, die die transnationalen Gas- und Wasserkonzerne aus ihren Territorien hinausgeworfen und 2008 eine linke Regierung an die Macht gebracht haben?

Immer werden Räume angeeignet, die der Bevölkerung in einem globalen Prozess der „Akkumulation durch Enteignung“ von Banken und Spekulanten, von traditionellen Kapitalisten und modernen „Finanzinvestoren“ genommen worden sind. Die Bewegungen kämpfen also nicht nur um Geld, um Löhne und Sozialleistungen, sondern gegen die Privatisierung öffentlicher Güter, um die Allmende. In Lateinamerika werden sie daher als „sozioterritoriale Bewegungen“ bezeichnet.

Die Zelte von Occupy sind das Symbol des Igels im Wettstreit mit dem Hasen. Die Igel in ihrer Vielzahl – die ominösen 99 Prozent – sind immer schon da. Das geht leicht, auch weil sie wenig Ballast mitschleppen, keine dicken Bankkonten, aber auch keine Parteiprogramme, Deklarationen, Theorien. Das ist erfrischend, welkt aber schnell, wenn nicht doch Theoriearbeit geleistet wird, Zielvorstellungen auf ihre Realisierbarkeit überprüft und Strategien der organisierten gesellschaftlichen Veränderung ausgearbeitet werden.

Das ist das Gewicht der Tradition beim stürmischen Aufbruch von Occupy. Das Gewicht stabilisiert aber auch. Es sorgt zum einen dafür, dass Occupy nicht abhebt. Zum anderen hält seine Trägheit Occupy in Bewegung, auch wenn die erste Begeisterung abebbt. Theorie bietet Orientierung, wenn das Verhältnis zu anderen Bewegungen bestimmt werden soll, zu ATTAC, zu den Gewerkschaften, zu politischen Organisationen. Irgendwann geht der schöne Frühling der lockeren, neugierigen und unkomplizierten Umgangsformen zu Ende. Dann muss sich Occupy zwar „positionieren“ und doch eine lebendige und erfolgreiche Bewegung gegen erstarrte Verhältnisse bleiben.



IPPNW veröffentlicht Appell:
Gewalt in Syrien stoppen



Start der neuen
Anti-Atomwaffen-Kampagne



Rotes Kreuz und Rothalbmond:
Resolution gegen Atomwaffen

Die deutsche Sektion der IPPNW fordert die Bundesregierung und die NATO in einem am 6. Februar 2012 veröffentlichten Appell auf, Plänen für eine Militärintervention in Syrien eine klare Absage zu erteilen. Der heimliche Transfer westlicher Waffen in das Land müsse umgehend unterbunden werden. Aus Sicht der Ärzteorganisation sind auch Embargos keine Lösung. Stattdessen müsse die Verständigung mit allen Beteiligten unter Einbeziehung Russlands gesucht werden.

„Als deutsche Sektion der IPPNW warnen wir aber auch vor einer noch darüber hinaus gehenden Gefahr: Eine westliche Militärintervention kann eine Dynamik in Gang setzen, die weitere Länder wie Iran erfasst, und schließlich zu einem Flächenbrand der gesamten Region führen – die mit Europa direkt benachbart ist. Wenn die NATO darin verwickelt ist, kann dies letztlich sogar in eine offene Konfrontation zwischen den atombewaffneten Großmächten münden“, heißt es in dem Appell.

Es mehrten sich die Hinweise, dass die innersyrischen Konflikte wie der Kampf um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zunehmend von externen Akteuren für eigene Machtinteressen benutzt und geschürt würden. Viele Menschen in Syrien und insbesondere friedliche Teile der Opposition beklagten, dass so die gewaltfreien Perspektiven der seit Jahren fortschreitenden Reformbewegung zerstört würden.

Sie finden den Appell unter:
<http://tinyurl.com/78hmwpt>

Am 26. März startet die neue Kampagne atomwaffenfrei.jetzt mit dem Ziel, die amerikanischen Atomwaffen, die immer noch in Deutschland stationiert sind, endgültig abziehen und Atomwaffen weltweit durch eine „Atomwaffenkonvention“ zu ächten. Obwohl der Bundestag den endgültigen Abzug der Atomwaffen aus Deutschland gefordert hat, sollen diese nach US-Plänen modernisiert und dann erneut in Europa stationiert werden. Die Kampagne möchte dazu beitragen, den Bundestagsbeschluss auch in die Tat umzusetzen.

Dazu sind in einer ersten Phase bis zum NATO-Gipfel am 20. und 21. Mai in Chicago viele Aktionen geplant. Auf dem Treffen wird u. a. über das Schicksal der in Europa stationierten Atomwaffen verhandelt. Ziel ist es, durch politischen Druck die NATO-Strategie der nuklearen Teilhabe zu beenden und so die Atomwaffen aus Europa abziehen. Geplant sind bisher die internationale Fahrradaktion vom 17. Mai bis 4. Juni „Atomwaffen abrüsten statt modernisieren!“, die in drei Abschnitten zum Oberkommando der US-Streitkräfte in Europa (EUCOM) in Stuttgart, zu drei Atomwaffenstandorten in Europa und zum NATO-Hauptquartier in Brüssel führen wird, sowie die friedenspolitische Tagung „Friedenskultur 2012 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei“ am 12. Mai 2012 in Essen. Außerdem wird es viele kleinere Aktionen an verschiedenen Orten geben.

Weitere Informationen
www.atomwaffenfrei.de

Mit einer historischen Entscheidung hat die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung die atomare Abrüstung und die Verhinderung von Atomkriegen zu ihrem Ziel erklärt. Die Delegiertenversammlung der Bewegung verabschiedete am 26. Oktober 2011 eine entsprechende Resolution. Die ursprünglich von Norwegen, Japan und Australien eingebrachte Resolution war im Laufe des letzten Jahres Objekt einer intensiven internen Debatte.

In der Resolution heißt es, dass es für die Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung schwer vorstellbar sei, dass die Verwendung von Atomwaffen mit den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts in Einklang stehen könnte. Die Bewegung appelliert deswegen an alle Staaten, sicherzustellen, dass Atomwaffen nie wieder benutzt werden und Verhandlungen für ein internationales Abkommen zum Verbot von Atomwaffen aufzunehmen. Die nationalen Sektionen der Bewegung sollen sich des Weiteren um Aufklärung der Menschen über die katastrophalen humanitären Folgen des Einsatzes von Atomwaffen bemühen.

Der Verabschiedung der Resolution war eine Ansprache des japanischen IPPNW-Mitglieds Masao Tomonaga über die noch immer andauernden Folgen von den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki vorausgegangen. Bisher haben 30 nationale Sektionen die Resolution unterschrieben. Das Deutsche Rote Kreuz gehört bisher jedoch nicht zu den Unterzeichnern.



Deutsche Sicherheiten für strahlende Geschäfte

Als Hermesbürgschaften werden in Deutschland Exportkreditgarantien des Staates für riskante Geschäfte im Ausland bezeichnet. Diese sollen gegen mögliche Zahlungsausfälle absichern und so Arbeitsplätze sichern. Solche Garantien könnten bald auch für den Export der Hochrisiko-Technologie Atomkraft vergeben werden. Für den Bau des Kernkraftwerks Angra III in Brasilien hat das Wirtschaftsministerium bereits eine Grundsatzzusage erteilt. Im Dezember wurde jedoch bekannt, dass dem Ministerium noch weitere Anfragen des Atomkonzerns Areva vorliegen. Demnach soll der Staat Absicherungen für den Bau eines chinesischen Kraftwerks und für den Bau der größten Atomanlage Jaitapur in Indien bereitstellen. Der geplante Standort dieser Anlage liegt inmitten eines Tsunami-Gebiets und wurde zwischen 1985 und 2005 von 92 Erdbeben getroffen. Selbst die Deutsche Bank und die Commerzbank wollten einen Kraftwerksbau an diesem Standort nicht finanzieren.

Die endgültige Entscheidung über die Hermesgarantien für Angra III hat also auch symbolische Bedeutung. Wird sie genehmigt, wird es schwieriger, die beiden anderen Anträge und mögliche Anträge in der Zukunft abzulehnen. Das Wirtschaftsministerium will in diesem Jahr endgültig über den Antrag entscheiden. Schreiben Sie eine Postkarte an die Bundeskanzlerin und unterstützen Sie die Kampagne „Ich bin doch kein Atombürger!“. Mehr unter:

urgewald.org/kampagne/ich-bin-doch-kein-atombuerger



Kinderkrebs in der Umgebung französischer Atomkraftwerke

Im Umfeld französischer Atomkraftwerke sind laut der sogenannten Geocop-Studie des französischen Medizin-Instituts Inserm zwischen 2002-2007 fast doppelt so viele Kinder unter 15 Jahren an Leukämie erkrankt wie im Landesdurchschnitt. Die französische Studie ist für die IPPNW ein weiterer Beleg für den Zusammenhang zwischen ionisierender Strahlung und der Zunahme von Leukämieerkrankungen bei Kindern.

Denn auch wenn die Wissenschaftler für den gesamten Studienzeitraum von 1990-2007 keine Erhöhung der Leukämiefälle bei Kindern unter 15 Jahren beobachtet haben wollen, beträgt die Erhöhung des Leukämierisikos für Kleinkinder unter 5 Jahren in diesem Zeitraum 37 %. Zu diesem Ergebnis kommt der Wissenschaftler Alfred Körblein, der die Daten der Studie ausgewertet hat. Er berichtet, dass die Erhöhung des Leukämierisikos für Kleinkinder im Nahbereich von Atomkraftwerken auch in Großbritannien (36 %), Deutschland (41 %) und der Schweiz (40 %) in der gleichen Größenordnung liege. Zwar seien die Einzelergebnisse wegen kleiner Fallzahlen statistisch nicht signifikant, aber eine gemeinsame Analyse der vier Datensätze aus Deutschland, Großbritannien, der Schweiz und Frankreich ergebe ein deutlich signifikantes Ergebnis.

Bereits seit Juli 2009 fordert die IPPNW den Bundestag in einer Petition auf, den Strahlenschutz um Atomkraftwerke zu verbessern und dabei das Risiko von noch ungeborenen Kindern im Mutterleib zu berücksichtigen.



Japan: Bürgerinitiativen nehmen Schutz vor Strahlung in die Hand

Das japanische Staatsfernsehen NHK hat im Januar dieses Jahres mit einer kritischen Sendung über die Folgen von Niedrigstrahlung überrascht. Die Sendung hinterfragte die Behauptung der International Commission on Radiological Protection (ICRP), dass lebenslange Niedrigstrahlungsmengen keinen Einfluss auf Krebserkrankungen haben. Ein ehemaliger ICRP-Mitarbeiter bestritt in der Sendung den wissenschaftlichen Hintergrund dieser Aussage und sagte, dass es sich dabei um politische Grenzwerte handele.

Gleichzeitig organisieren sich immer mehr Japaner zum Schutz vor Strahlung selbst. Vielerorts haben besorgte Mütter Initiativen gegründet mit dem Ziel, ihre Kinder vor verstrahlten Lebensmitteln zu schützen und gemeinsame Maßnahmen zu ergreifen. Am 15. Dezember schlossen sich 250 dieser Gruppen zum „National Network of Parents to Protect Children from Radiation“ zusammen. Das Netzwerk hat bereits mit Erfolg Petitionen bei Bürgermeistern und dem Bildungsministerium Japans eingereicht, die bessere Schutzmaßnahmen vor verstrahlten Lebensmitteln – besonders in Schulen – fordern.

Weiterhin wurden neun Citizen's Radioactivity Measuring Stations (CRMS) gegründet. An diesen vom Staat unabhängigen Stationen können Lebensmittel zur Überprüfung auf radioaktive Verunreinigung eingereicht werden. Die Ergebnisse der Tests werden auf der Internetseite des CRMS veröffentlicht.

„Jubelnd reißt Christian Eigler mit der Rückennummer 8 die Arme hoch. Er hat das Leder mit einem prächtigen Schuss im gegnerischen Tor versenkt. Stolz reckt er seine Brust. Sein Trikot zeigt den Namen Areva.“

Braucht der Fußball Atomkraft?

Der 1. FC Nürnberg, Areva und die Nürnberger IPPNW-Regionalgruppe

Im Sommer 2008 gab der Vorstand des 1. FC Nürnberg bekannt, dass er mit dem französischen Atomkonzern Areva eine Vereinbarung über ein Trikotsponsoring abgeschlossen habe. Der Konzern betreibt im benachbarten Erlangen die Zentrale seiner AKW-Bau-Sparte. Für insgesamt 1,9 Mio. Euro jährlich tragen die Spieler seither den Areva-Schriftzug auf der Brust und Areva darf mit dem Namen des 1.FCN sein Image aufbessern.

Das sollte der passende Fußballsponsor in der „Stadt des Friedens und der Menschenrechte“ sein?

Die Sponsoring-Entscheidung traf bei vielen Fans, aber natürlich besonders in der regionalen Menschenrechts- und Anti-AKW-Bewegung auf Unverständnis und Ablehnung. So auch bei uns: Schon kurz nach Bekanntwerden des Sponsoringvertrags hatten wir als IPPNW-Regionalgruppe Nürnberg-Fürth-Erlangen in einem Schreiben an den Vorstand des 1.FCN diese Entscheidung kritisiert und den 1.FCN eingeladen, mit uns darüber ins Gespräch zu kommen. Die Antwort des Vorstands war damals kurz und bündig ausgefallen: Man habe nicht vor, Geschäftsentscheidungen mit uns zu diskutieren.

Später, nachdem andere Projekte abgeschlossen waren, war dann für unsere Regionalgruppe die Zeit reif: das Thema „Areva und der Club“ sollte auf den Tisch, und wir wollten die Diskussion in die Kreise der Clubfans hineinragen. Im Herbst 2010 – den Ort Fukushima kannte damals

noch niemand – fingen wir an, nach Partnern für eine Diskussionsveranstaltung zu suchen. Die Nürnberger Stadtratsfraktion der Grünen hatte uns wegen des Themas schon einmal angesprochen, und so verabredeten wir uns – nach einigen internen Diskussionen über die Zusammenarbeit mit politischen Parteien – mit Vertretern der Grünen und des Nürnberger Bündnis „Aktiv für Menschenrechte“ zur Vorbereitung einer Podiums- und Diskussions-

DER CLUB

Nürnberg hat mit dem 1. FCN eine Fußballmannschaft, mit der sich ihre Fans in einer selten gesehenen Leidenschaft verbunden fühlen. Auch außerhalb der zahlreichen Fanclubs halten die Nürnberger ihrem „Club“ durch alle Höhen – und ganz besonders durch alle Tiefen der Bundesliga-Abstiege – die Treue.

DER SPONSOR

Areva steht aus verschiedenen Gründen in der Kritik: Als weltweite Nr. 1 im Bau von Atomkraftwerken, wegen seiner umweltschädigenden und menschenverachtenden Abbaupraxis in den Uranminen im Niger, und nicht zuletzt – wenn auch selten angesprochen – weil Areva das französische Atomwaffenprogramm unterhält.

veranstaltung im April 2011. Die Anfänge gestalteten sich zäh: Vom Vorstand des 1.FCN kam außer Absagen nur die telefonische Drohung, man werde uns „fertig machen“. Und auch sonst hatten wir den Eindruck, dass sich an diesem Thema in Nürnberg niemand die Finger verbrennen wollte. Trotzdem stand Ende Februar das Programm fest. In den Mittelpunkt stellten wir eine weniger bekannte, aber be-

sonders schmutzige Seite der Atomindustrie: den Uran-Tagebau im Niger. Damals dachten wir noch, dass wir nur mit neuen Aspekten überhaupt Interesse an der Atomkraft-Diskussion wecken könnten.

Dann kam Fukushima. Einen „Rückenwind“ dieser Art hatten wir uns natürlich nicht gewünscht. Aber nach dem 11. März war schon die Tatsache, dass wir eine Veranstaltung zum Thema „Der Club und die Atomindustrie“ nur vorbereiteten, Garant für ein Medieninteresse, das wir noch bei keiner anderen Abendveranstaltung erlebt hatten. Dank der effektiven Pressearbeit der Grünen-Stadtratsfraktion fand unsere Veranstaltungsankündigung über dpa Verbreitung bis in kleinste friesischen Stadtanzeiger, es gab Rundfunkinterviews und überregionale Zeitungsartikel schon im Vorfeld.

Am Samstag vor der Veranstaltung standen wir dann auch vor dem Stadiongelände: Die Clubfans strömten zum Heimspiel, und es gab die unterschiedlichsten Reaktionen auf unsere Einladungsflyer: von Zustimmung und der Ankündigung, zur Veranstaltung zu kommen, über ein genervtes „interessiert mich doch nicht“ bis zur Androhung von Ohrfeigen war alles geboten.

Die Podiumsveranstaltung selbst – „Braucht der Fußball Atomkraft?“ – am 13. April war so gut besucht wie kaum eine, die wir je organisiert hatten: Stehplätze hatte es bisher bei uns selten gegeben! Und auch sonst gab es hier Neuland für uns: Hatten bei den bisherigen Diskussionsabenden immer die bekannten



©Herbert Liedel

AktivistInnen und Interessierten das Publikum dominiert, so war der Saal jetzt zur Hälfte mit Atomkraftgegnern und zur anderen Hälfte mit Clubfans besetzt. Eine derartig kontroverse Diskussion hatten wir noch nicht erlebt, und Elisabeth Wentzlaff von der Regionalgruppe hatte als Moderatorin alle Hände voll zu tun. IPPNW-Mitglied Helmut Riessbeck stellte die Problematik des Sport-Sponsorings kritisch dar, Julius Neumann vom Fanclub „Ultras“ übernahm die Perspektive des Clubfans. Und Günter Wippel vom „Uranium Network“ machte mit zahlreichen Fakten und Bildern deutlich, wie rücksichtslos Areva Umwelt und Menschen im Niger, einem der ärmsten Länder der Welt, durch den Uran-Tagebau belastet. Einen zusätzlichen Akzent setzte IPPNW-Mitglied Wolfgang Lederer-Kanawin mit einem – live aus dem Französischen synchronisierten – Filmausschnitt, der auch den politischen Hintergrund in der zwischen Rebellen und Zentralregierung umkämpften Abbauregion beleuchtete.

Dennoch ging es in der Diskussion bald nur noch um eine zentrale Frage: Was geht das den Club-Fan an? Vom Aufruf zum Stadionboykott bis zum fränkischen „des is mir fei wurscht, was die aufm Trikot stehn ham“ reichte das Meinungsspektrum, das so vielfältig war wie das Publikum. Einigkeit herrschte dagegen bald darüber, dass jetzt der Ball beim Club-Aufsichtsrat-Mitglied Oberbürgermeister Maly liegen musste. Der sollte sich auch für eine Ablösung des Sponsors einsetzen.

Und so bekam unser Oberbürgermeister Post: von uns, vom Bündnis „Aktiv für

Menschenrechte“, aber auch vom lokalen „Energiewende-Bündnis“ und von Greenpeace, die gleichzeitig medienwirksam vor dem Gelände des 1. FCN gegen das Areva-Sponsoring protestiert hatten. Trotz des routiniert-unverbindlichen Antwortschreibens sind wir optimistisch, dass unsere Botschaft bei ihm angekommen ist.

Im August haben wir uns noch einmal bei den Fans bemerkbar gemacht: Beim Heimspiel gegen Hannover 96 zeigten wir Flagge mit einem sieben Meter langen Transparent – selbstverständlich in Club-Farben: „Dem 1. FCN eine strahlende Zukunft – aber ohne Atomkraft-Areva!“ Ein kleiner Tumult zwischen angetrunkenen Fans, die zum Thema Areva unterschiedlicher Meinung waren, führte dann auch noch zu einer Anzeige gegen ein Mitglied unserer Regionalgruppe, die aber letztlich zurückgezogen wurde.

Und was hat sich bewegt?

Was wir erreicht haben, ist, dass sich eine große Zahl von NürnbergerInnen mit dem Thema Areva-Sponsoring beschäftigt hat. Viele von ihnen haben uns bestätigt, erst jetzt erfahren zu haben, um was für eine Firma es sich eigentlich beim Hauptsponsor „ihres“ 1. FCN handelt („und ich dachte, das wäre ein Kosmetikhersteller...“). Das Konzept hinter dem Sponsoring – nämlich dem Namen Areva einen positiven Beiklang zu geben, ohne dass viel über die Aktivitäten des Konzerns nachgedacht oder gar kritisch gesprochen wird – darf man wohl seit dem vergangenen Jahr als gescheitert betrachten.

Und auch beim Poetenfest ging es voran: Ende Dezember 2011 hat die Initiative „Poesie ohne Uranstaub“ ihre Ankündigung wahr gemacht und der Stadt Erlangen 15.000 Euro „Bürger-Sponsoring“ für das Poetenfest 2012 angeboten – unter der Maßgabe, dass die Stadt in Zukunft auf das bisherige Sponsoring von Areva in gleicher Höhe verzichtet. (siehe „ippnw-forum“ vom September 2011, S. 8)

Die weitere Entwicklung ist wohl eher der geänderten politischen Wetterlage in der Atomindustrie geschuldet:

Areva hat im Dezember 2011 angekündigt, eine große Zahl von Stellen zu streichen – und davon (angeblich wegen des „überstürzten Atomausstiegs der Bundesregierung“) den größten Teil in Erlangen. Areva in Erlangen wiederum hat zu erkennen gegeben, dass kein Interesse mehr an einer Fortführung des Sponsoring für den 1. FCN besteht. Der Club braucht also einen neuen Förderer. Und wir wünschen dem 1. FCN für die Zukunft einen Sponsor, dessen Namen die Spieler und Fans mit Stolz auf dem Trikot tragen können.

Dr. Holger Wentzlaff ist Arbeitsmediziner und seit 1999 Mitglied der IPPNW-Regionalgruppe Nürnberg.



IPPNW–Peace–Power–Net–Work

Regionale Energieautonomie für den Frieden

IPPNW, das ist nicht nur die Abkürzung unseres Verbandes, sondern künftig auch die Kurzformel für eine neue Kampagne der IPPNW bzw. für ein kraftvolles Netzwerk: „IPPNW – Peace – Power – Net – Work“. Was verbirgt sich dahinter?

Ein simples Wortspiel mit Verdoppelung der Buchstaben IPPNW und der Doppeldeutigkeit des Wortes „Power“. Es steht für die Gewinnung von Energie und für eine (neue) kraftvolle Friedensbewegung. Die neue Wortschöpfung wird ergänzt durch einen erläuternden Untertitel: „Regionale Energieautonomie für den Frieden.“ Und auf Englisch: „Local Power for Peace“.

Sinn und Zweck der neuen IPPNW-Kampagne erschließen sich vielleicht am besten, wenn Sie mitkommen auf eine kleine Zeitreise: Stellen Sie sich einmal vor, Sie wohnen mit Ihrer Familie in einem wunderschönen Plus-Energiehaus. Das sind diese Häuser, die mehr Energie produzieren als ihre Bewohner brauchen. Jeden Tag fällt sogar noch Überschussstrom an, den Sie entweder in Ihrem Batterie-Speicher speichern, ins Netz schicken oder in Ihre beiden Elektroautos leiten. Mit denen fahren Sie ja jeden Tag zum Bahnhof, zur Arbeit oder zum Einkaufen. In Ihrer friedlichen Kommune gibt es keinen Streit über Energiefragen, denn alle wohnen inzwischen in Plus-Energiehäusern. Auch die Firmen vor Ort, die keine Blockheizkraftwerke besitzen, werden direkt aus der Region mit Strom und Wärme versorgt.

Die Stadtwerke betreiben zusammen mit mehreren bürgereigenen Genossenschaften ein paar große Windenergieanlagen entlang der Eisenbahnstrecke. Genau da, wo früher die riesigen Masten der Stromautobahnen verliefen, die schon lange nicht mehr gebraucht werden. Im Fluss sind mehrere Wasserkraftanlagen installiert mit fischfreundlicher Gravitationswirbeltechnik.

Nur noch ein paar ältere Nachbarn können sich an die Zeit erinnern, als Kriege um Öl und Pipelines tobten und Tausende in den Tod rissen. Ständige Lügen wurden damals über die Medien verbreitet, um der Bevölkerung zu verschleiern, dass es bei den Kriegen um den gewaltsamen Zugang zu den Energieresourcen fremder Völker ging.

Aber auch wirtschaftlich war die Situation damals schwierig. Um das Jahr 2012 waren noch viele Städte und Gemeinden hoch verschuldet, weil das ganze Geld für die Lieferung von Energie an externe Geschäftsleute verloren ging. Die Bevölkerung war damals schutzlos wenigen unkontrollierbaren Konzernen ausgeliefert, die Politik war von diesen korrumpiert. Die Kommunalpolitiker haben nach den Geschenken der Atomkraftwerksbetreiber geschickt und sich mit geringen Abgaben der Energieversorger begnügt.

Aber das ist ja lange, lange her. Inzwischen prosperieren die Kommunen und Kriege um Energie, die Besetzung fremder Länder und die ganzen Lügen, die über die Massenmedien verbreitet wurden, sind längst Geschichte.

Nur ein Traum?

Keineswegs. Schon heute steuern die heimischen erneuerbaren Energien rund 20 Prozent zur Stromversorgung Deutschlands bei und einzelne Kommunen sind schon heute energieautark: z. B. Reit-im-Winkel am Alpenrand, Schönau im Schwarzwald, sowie die Inseln Pellworm und Samsö in Dänemark; viele andere Kommunen wollen es werden. Zum Beispiel der Zukunftskreis Steinfurt, der ein Konzept erarbeitet hat, um in mehreren Etappen bis 2050 unabhängig von fremder Energie zu werden. Spätestens dann sollen die 1,4 Milliarden Euro, die jährlich für Energie verausgabt werden, zu 100% im Kreis bleiben – und nicht nur magere 10% wie heute.

Das „IPPNW – Peace – Power – Net – Work“ will nun diesen Prozess unterstützen und die Idee verbreiten, dass Kriege um Energie überflüssig werden, wenn sich die Menschen überall selbst vor Ort mit heimischen erneuerbaren Energien versorgen. Das neue IPPNW-Netzwerk steht allen IPPNW-Mitgliedern offen, um daran mitzuwirken, dass diese Welt friedlicher wird, indem man vor Ort die Bevölkerung und die Entscheidungsträger davon überzeugt, dass der Schlüssel dazu in der regionalen Energieautonomie aus 100% erneuerbarer Energie liegt.

Es ist ein tolles Gefühl, wenn man spürt: „Ich kann selbst etwas tun – für meine Gemeinde, für die Energiewende, für den Frieden in der Welt“. Es ist ganz im Sinne von Horst-Eberhard Richter eine neue „Pro“-Kampagne der IPPNW.

Weitere Informationen dazu finden Sie auf der neuen IPPNW-Internet-Plattform www.ippnw-peace-power.net

Dr. Martin Sonnabend ist Arzt und Vorstandsmitglied der IPPNW Deutschland.



Henrik Paulitz ist Referent für Atomenergie und erneuerbare Energien bei der IPPNW.





Kein Weg zur Sicherheit Afghanistans

Die Mandatsverlängerung des Afghanistaneinsatzes bis zum 31. Januar 2013

Der Bundestag hat die Mandatsverlängerung der Bundeswehr für den Afghanistaneinsatz bis zum 31. Januar 2013 beschlossen. Zwar hat sich die Zahl der für den Einsatz stimmenden Abgeordneten gegen das Vorjahr wieder verringert, aber die Mehrheit ist nach wie vor eindeutig. Wieder reflektiert die Abstimmung über die Mandatsverlängerung keineswegs jene zwei Drittel der Bevölkerung, die sich bei Umfragen regelmäßig für den Abzug aussprechen.

Der deutsche Außenminister verkauft das Mandat als ersten Schritt zur „Übergabe der Sicherheitsverantwortung“ in afghanische Hände und als das zunehmend „zivile Gesicht“ des internationalen Einsatzes. Mit der Verringerung der Soldatenzahlen sei ein sichtbarer Beitrag für die Phase der „Transition“ gemacht. Gemeint ist damit die Übergabe der Sicherheit in afghanische Hände.

Erneut bleibt das Mandat von dem Irrglauben getragen, dass eine Kombination aus militärischem und zivilem Einsatz eine Verbesserung der Lage erreicht. Doch die gesellschaftlichen Zustandsindikatoren Afghanistans sprechen eine andere Sprache.

Die Bundesregierung weiter: Ende 2014 seien alle deutschen Kampftruppen abgezogen – wenn es „die Lage“ erlaube, denn von Afghanistan dürfe nicht wieder eine „Gefährdung“ ausgehen.

Für Jürgen Wagner von der Informationsstelle Militarisierung ist diese Abzugsperspektive Augenwischerei. Bestimmte Truppentypen, Ausbilder der afghanischen Armee und Polizei, aber auch Spezialeinheiten mit offensivem Kampfauftrag, seien von dem Abzug explizit ausgenommen. Es sei „eine entscheidende Hintertür offengelassen, um Krieg und Besatzung noch viele Jahre fortsetzen zu können, der Öffentlichkeit aber das genaue Gegenteil zu suggerieren“, so Wagner.

Als äußerst kritisch erweist sich, dass die internationale Interventionsgemeinschaft bei der „Transition“ im eigenen Interesse auf zwei miteinander verwobene Elemente setzt: zum einen auf die Regierung Karzai, deren Existenz über 2014 hinaus eng verbunden ist mit dem Zugriff auf für sie funktionierende Gewaltorgane. Zum anderen auf den Ausbau des afghanischen Sicherheitsapparates als Stellvertretergarant der Sicherung der eigenen geo-

politischen Interessen. Die gewählte politisch-militärische Strategie führt dazu, dass sich der als konstitutioneller Teil des Übergangs notwendige, für alle gesellschaftlichen Kräfte offene und gleichberechtigte Friedensprozess nicht entwickelt.

Die fraktionierten Taliban fahren als Antwort weiterhin ihre Doppelstrategie. Laut dem Talibansprecher Sabiullah Muddschahid verstärken sie ihre Bemühungen, Kontakte zur internationalen Gemeinschaft aufzubauen, um Frieden in Afghanistan zu schaffen. Zugleich aber kündigen sie an, den Kampf gegen die afghanische Regierung fortzusetzen, die sie als ausländische Marionette sehen. Präsident Karzai wiederum setzt sich nicht zuletzt deswegen für die Stationierung ausländischen Militärs über das Abzugsdatum 2014 ein.

Bei realistischer Betrachtung spricht bislang wenig für verlässliche afghanische Sicherheitskräfte. Ende 2011 lag die Personalstärke der afghanischen Streitkräfte und Polizeitruppen bei über 300.000 Mann, für die ISAF ein Erfolg. Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network hinterfragt das, denn der Abgang aus schlecht bezahlter Armee und Polizei inklusive Desertionen sei monatlich mit bis zu 25 Prozent so hoch wie die entsprechende Neurekrutierung.

Die Kritik der Friedensbewegung gegen den Krieg in Afghanistan muss weiter erhoben werden. In Deutschland ist ihr Umfang zwar überschaubar, aber dennoch gut hör- und sichtbar. Für den Herbst 2012 ist in Bonn eine internationale Afghanistan-Friedenskonferenz mit afghanischen Organisationen und Initiativen in Europa geplant. Auf dieser Konferenz wird die Diskussion der Notwendigkeiten für Frieden in und den Abzug der Truppen aus Afghanistan im Mittelpunkt stehen. Aktuelle Informationen dazu und zu Protestinhalten und Aktionen finden sich auf der Webseite afghanistanprotest.de.



Dr. Jens-Peter Steffen
ist Referent für
Friedenspolitik bei der
IPPNW Deutschland.



ENERGIE IST MANGELWARE IN SYRIEN.
WEGEN DER LANGEN STROMAUSFÄLLE IST
DIE NACHFRAGE FÜR GENERATOREN GROSS.

Keine Energie mehr

Ölembargo und Sanktionen treffen besonders die Zivilbevölkerung in Syrien hart

Als der Ingenieur Firas Kaddar, Leiter der Elektrizitätsbehörde von Duma, einem Vorort von Damaskus, am 19. Januar auch Stunden nach Dienstschluss nicht zu Hause war, machte seine Familie sich Sorgen. Seine Leiche wurde zusammen mit der von Bassam Barakat, einem technischen Mitarbeiter gefunden. Beide Männer waren entführt und getötet worden, die Leichname waren entstellt.

Tags zuvor war eine Angestellte der gleichen Behörde in Homs gestorben, sie war wenige Tage zuvor auf dem Nachhauseweg in den Kopf geschossen worden. Mitarbeiter staatlicher Betriebe werden seit Monaten bedroht und aufgefordert, ihre Arbeit (für das Regime) einzustellen.

Angriffe auf das landesweite Stromnetz und dazugehörige Infrastruktur haben nach Angabe des Ministeriums für Elektrizität bisher Schäden in Höhe von 9,5 Millionen Euro (713 Millionen Syrische Pfund) verursacht. Bewaffnete Gruppen kappten gezielt Stromleitungen und sprengten Strommasten, heißt es in dem Ministeriumsbericht. Reparaturen seien schwierig, weil die Arbeiter angegriffen würden. In ländlichen Gebieten ist die Stromversorgung bis zu 10 Stunden unterbrochen, in Damaskus wird der Strom täglich 2 Stunden abgestellt. Nur 80 Prozent des landesweiten Bedarfes an Strom können geliefert werden. In direkter Folge werden Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs für die Bevölkerung teuer: Milchprodukte, Fleisch, Geflügel, Eier – jeder Produktionsbereich braucht Strom, der nun mit teureren Generatoren erzeugt werden muss. Dafür sind Öl und Diesel erforderlich, beides ist durch die Zerstörung von Pipelines, Tankzügen und allgemeiner Infrastruktur ebenfalls knapp geworden. Das Ölministerium beziffert den Schaden bisher auf rund 26,5 Millionen Euro (2 Milliarden SYP). 21 Mitarbeiter des Ölsektors wurden getötet, 24 verletzt, 5 Personen gelten als vermisst.

Neben den gezielten Angriffen ist der Ölsektor von westlichen und arabischen Sanktionen betroffen. Durch das Ölembargo von USA und EU hat Syrien seit September 2011 (Beginn des EU-Embargos) rund 1,55 Milliarden Euro (512,5 Milliarden Syrische Pfund) verloren. Firmen, mit denen Syrien Verträge über Förderung, Entwicklung und Schulung im Öl- und Gassektor ab-

geschlossen hatte, werden durch die Sanktionen zum Vertragsbruch gezwungen. Lokale Mitarbeiter in den Projekten verlieren ihre Arbeit. Syrien fördert täglich etwa 140.000 Barrel Öl, das zumeist an europäische Staaten verkauft wurde. Die Sanktionen haben diesen Verkauf gestoppt. Der EU schadet das wenig, für Syrien entsteht ein großer Schaden. Durch weitere Sanktionen wird Syrien auch am Verkauf an andere Abnehmer gehindert. Transportfirmen, die meist in den USA und europäischen Staaten registriert sind, müssen sich den Sanktionen ebenso beugen, wie Firmen für Versicherung und Rückversicherung der Ladung. Da Syrien nur über zwei Raffinerien verfügt, ist das Land auf den Import von Heizöl und Diesel aus europäischen Staaten angewiesen, was die Sanktionen verhindern. Die Nachfrage kann nur teilweise bedient werden, zumal die Einsätze von Militär und Sicherheitskräften unverhältnismäßig viel des vorhandenen Treibstoffs verbrauchen.

An dem Tag, an dem der Elektroingenieur Firas Kaddar in Duma getötet wurde, legte der syrische Gesundheitsminister Wael al-Halaqi in Genf bei der Weltgesundheitsbehörde (WHO) einen Bericht vor. Demnach wurden in den vergangenen Monaten 12 Ärzte und Pflegepersonal getötet, 25 wurden verletzt. 12 Krankenhäuser, 43 Gesundheitszentren und 76 Krankenwagen wurden teilweise zerstört. Seit Monaten kommen Helfer des Syrischen Roten Halbmonds, unterstützt vom Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK), den durch Kämpfe bedrängten Menschen zu Hilfe. Sie verteilen Medizin, Essenspakete, Decken und Matratzen. An private und staatliche Krankenhäuser werden Verbandsmaterial, Tragen, Rollstühle und Gehhilfen verteilt. Das IKRK weist besonders auf die Freiwilligen des Syrischen Roten Halbmondes hin, die in ihrer Freizeit bereit sind, überall zu helfen.



Karin Leukefeld
ist freie Journalistin,
Buchautorin und
berichtet aus Ländern
des Nahen und
Mittleren Osten.



Eigentlich sind alle, die hier leben, traumatisiert, denn das Leben ist ein einziges Trauma.“



© ISM Palestine

Leben hinter der Mauer

Aufwachsen in den besetzten Gebieten

Ein Kind berichtet: „Als die Soldaten kamen, um unser Haus abzureißen, wurde mein Großvater geschlagen, meine Mutter weinte und mein Vater rauchte! Der Vater, der Beschützer, was hat er für uns getan? Nichts!“ Eindringlicher kann man das Trauma nicht beschreiben, dem Kinder ausgesetzt sind, wenn ihnen ihre Heimstätte genommen wird.

So hatte ich mir die Realität jenseits der Mauer in Palästina nicht vorgestellt – hält sich doch bei uns hartnäckig die Vorstellung, Palästinenser seien alle Terroristen oder zumindest deren Sympathisanten. Nach Angaben des israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHD) gibt es allein in Jerusalem ca. 20.000 Abrissandrohungen für palästinensische Häuser; mindestens 24.000 Häuser sind bereits abgerissen worden. Die israelischen Behörden versuchen, im Ostteil der Stadt eine jüdische Bevölkerungsmehrheit herzustellen; deshalb bekommen Palästinenser grundsätzlich keine Baugenehmigung. Wenn also Palästinenser Kinder bekommen, sind sie gezwungen, entweder in die Westbank abzuwandern oder ohne Genehmigung zu bauen, und da niemand freiwillig Jerusalem verlässt, wo die Arbeitsmöglichkeiten besser sind als hinter der Mauer in der Westbank, bekommen alle diese „illegalen“ Häuser oder Anbauten eine Abriss-Ankündigung. Durchgeführt wird eine solche Aktion völlig überraschend; das bedeutet, dass die Männer morgens zur Arbeit gehen, die Kinder in die Schule – und wenn sie mittags nach Hause kommen, ist das Haus möglicherweise nicht mehr vorhanden.

In dieser Zeit des angedrohten aber noch nicht durchgeführten Abrisses sind besonders die Kinder in ständiger Erwartungsangst – das Haus ist kein Schutz und Sicherheitsraum mehr. Das verdeutlicht die Geschichte einer Familie, deren 7-Jähriger Sohn plötzlich in der Schule in seinen Leistungen absackte. Als der Lehrer daraufhin die Eltern besuchte und mit ihnen sprach, stellte sich heraus, dass der Junge in seiner Schultasche keine Schulbücher sondern seine Spielsachen aufbewahrte. Der Grund war einfach zu finden: Der Junge hatte ein Gespräch seiner Eltern über die Situation belauscht und trug seitdem seine Spielsachen mit sich, um nicht alles zu verlieren, wenn er nach Hause käme und das Haus wäre nicht mehr da.

Auch Maurice Younan, Mitarbeiter der deutschen Schule in Beit Jala bei Bethlehem, einer deutschen Missionsgründung des 19. Jahrhunderts, sagt uns: Das Hauptproblem der Schule ist Traumatisierung der Kinder. „Eigentlich sind alle, die hier leben, traumatisiert, denn das Leben ist ein einziges Trauma“.

Angst haben die Erwachsenen am meisten davor, dass ihre Kinder, die mit der Besetzung aufwachsen und Israelis nur als Soldaten oder fanatische Siedler kennen lernen, wieder zur Gewalt in der Auseinandersetzung zurückkehren. Ich habe in meiner Zeit in Palästina niemanden getroffen, der glaubt, dass es in absehbarer Zeit zu einer gerechten Friedenslösung kommen könnte; die politische Entwicklung der letzten Jahre kann auch nicht optimistisch stimmen. Dennoch hoffen viele Menschen „gegen

alle Vernunft“ auf eine Wende zum Guten. Und so setzen sich immer wieder trotz aller Schikanen und Behinderungen Palästinenser, unterstützt von israelischen Friedensorganisationen, in gewaltfreien Aktionen für einen gerechten Frieden in der Region ein.

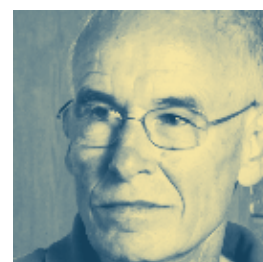
Medico International unterstützt die israelischen „Physicians for Human Rights“ (PHR-IL) und die palästinensischen Helfer der Palestinian Medical Relief Society (PMRS), die versuchen, einerseits die medizinische Betreuung der unterversorgten Menschen in der Westbank und Gaza zu verbessern, andererseits aber auch mit ihrer Arbeit gegen die Verhältnisse in den besetzten Gebieten protestieren.

Zuerst erschienen in „Berliner Ärzte“ 06/11
Den ausführlichen Bericht finden Sie unter <http://tinyurl.com/6w6ukwu>

Weitere Informationen:

Medico International: www.medico.de
Ecumenical Accompaniment Programme in Palestine and Israel: www.eappi.org

Dr. Andreas Grüneisen ist Sprecher der Fraktion Gesundheit der Berliner Ärztekammer und war in Bethlehem 3 Monate im Einsatz für EAPPI.



Frieden durch Gesundheit

— Ein moderner Ansatz des konstruktiven Pazifismus —



DIE HAUPTLEIDTRAGENDEN VON KRIEGEN SIND IMMER ZIVILISTEN: DIE 10-JÄHRIGE QABILA VERLOR IHR BEIN DURCH EINE LANDMINE. IN EINEM HOSPITAL DES ROTEN KREUZES IN KABUL, AFGHANISTAN, LERNT SIE MIT EINER PROTHESE WIEDER ZU GEHEN.

Hunger, Krankheiten, Obdachlosigkeit, Vergewaltigungen – diese anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen werden in Wissenschaft und Medien nicht selten völlig unabhängig von der ihnen zugrunde liegenden Ursache – dem Krieg – untersucht. Das erschwert einen ganzheitlichen Blick. Dabei stellen schwere Menschenrechtsverletzungen oft nur die Kehrseite des Krieges dar. Bei der Transformation einer Kriegsgesellschaft in eine Friedensgesellschaft ebenso wie bei der Verhütung und der Ächtung von Kriegen spielt die Medizin eine tragende Rolle.

Dreimal wurde der Friedensnobelpreis nach dem Zweiten Weltkrieg an Ärzte bzw. Ärzteorganisationen verliehen: 1952 an den Arzt Albert Schweitzer für sein jahrelanges humanitäres Wirken als Mediziner in Lambaréné und seinen weltweiten Einsatz für Völkerverständigung und gegen koloniale Ausbeutung, 1985 an die „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) für ihren blockübergreifenden Einsatz für die weltweite atomare Abrüstung und die medizinische Aufklärung über die Folgen eines Atomkriegs sowie 1999 an „Ärzte ohne Grenzen“ für ihre weltweite unabhängige humanitäre Pionierarbeit und ihre klaren Worte über Verstöße gegen das Völkerrecht und über Menschenrechtsverletzungen.

In welche friedenswissenschaftlichen, medizinischen und ethischen Konzepte lässt sich der Beitrag der Medizin zum Frieden einordnen? Hier ist aus friedenswissenschaftlicher Perspektive die Friedenstheorie des norwegischen Sozial- und Friedenswissenschaftlers Johan Galtung zu nennen sowie der „konstruktive Pazifismus“ des deutschen Entwicklungs-

und Friedensforschers Dieter Senghaas. Aus der Gesundheitsperspektive sind von besonderer Bedeutung das Denken des Sozialmediziners Rudolf Virchow und die Multidisziplin „Public Health“ sowie die Medizinethik.

Medizinethik

Medizinethik umfasst vier Grundprinzipien ärztlichen Handelns nach Tom L. Beauchamp und James F. Childress: Respekt vor dem Selbstbestimmungsrecht des Patienten, Prinzip der Schadensvermeidung, Ärztliche Fürsorge im Sinne des Patientenwohls und soziale Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung.

Public Health und die „Epidemiologie des Krieges“

Public Health benutzt die Epidemiologie als wichtigste Forschungsmethode, mittels derer sie Gesundheits- bzw. Krankheits- und Sterbedaten bezogen auf eine bestimmte Population untersucht und Korrelationen zu spezifischen Risikofaktoren prüft. Als Datenquellen für eine Epidemiologie des Krieges können Mortalitäts- und Morbiditätsabschätzungen für die Friedens- und Konfliktforschung genutzt werden. Da zivile Opfer in Kriegen die hauptsächlichen Leidtragenden darstellen, zählt die neuere Forschung zu Kriegsfolgen nicht nur die unmittelbaren Toten der kämpfenden Truppen, sondern bezieht insbesondere auch die zivilen Opfer des Krieges infolge der Zerstörung von Infrastruktur mit ein.

Die „Epidemiologie des Krieges“, die gesundheitliche Kriegsfolgen in ihren Dimensionen relativ präzise beschreiben kann, hat schon häufig die Ebene der Weltpolitik erreicht und beeinflussen können. Als aktuelle Beispiele seien hier die epidemiologischen Untersuchungen zur kriegsbe-



AL-JALAA KRANKENHAUS, BENGASI. EIN PATIENT IN DER TRAUMA-EINHEIT WIRD VON EINEM LIBYSCHEN ARZT VERSORGT. FEBRUAR 2011

zogenen Mortalität in der Demokratischen Republik Kongo von Ben Coghlan und die Studie über die Abschätzung der Kriegstoten infolge des Irakkriegs genannt. George W. Bush bescheinigte der Studie postwendend „Unglaubwürdigkeit“, obwohl sie mit den gleichen epidemiologischen Methoden erhoben worden war, wie die Studien zur Abschätzung der kriegsbedingten Toten im Kongokrieg.

Mittels wissenschaftlicher Studien zu den Auswirkungen bestimmter Waffensysteme (Atomwaffen, Uranmunition, Streumunition, Phosphorbomben) gelang es Medizinnern, in der Weltpolitik und in friedenswissenschaftlichen Diskursen Beachtung zu erlangen. Die Ergebnisse dieser medizinischen Forschungen fanden auch Eingang in den Menschenrechtsdiskurs, denn dadurch ließ sich die Verletzung des humanitären Völkerrechts beweisen.

Gesundheitsdaten als Konfliktbarometer

Gesundheitsdaten können als Konfliktbarometer benutzt werden. Das gilt für die Faktoren Anstieg der Krankheitshäufigkeit und Sterblichkeitsrate, besonders bei Kindern unter fünf Jahren infolge von leicht behandelbaren Krankheiten, sowie für den Anstieg der Rate an Unterernährung, an psychischen Störungen wie insbesondere Depressionen und Ängsten, und der Flucht des Gesundheitspersonals aus der Region bzw. aus dem Land. Gesundheitsdaten lassen sich somit im Rahmen eines Frühwarnsystems für den Umschlag von Konflikten in bewaffnete Auseinandersetzungen und Kriege nutzen.

Gesundheit und menschliche Grundbedürfnisse

Häufig wird die Medizin und ihr Beitrag zur Gesundheit im Kontext der Diskussion

um die Grundbedürfnisse „übersehen“. So stellen die Faktoren ausreichende Nahrung, Zugang zu sauberem Wasser und Behausung zwar wesentliche Voraussetzungen für die Erhaltung von Gesundheit dar, gleichzeitig gehört jedoch der freie Zugang zu medizinischer Behandlung ebenfalls zu den menschlichen Grundbedürfnissen.

Werden die Grundbedürfnisse der Menschen dauerhaft frustriert, so erleiden Menschen schwere körperliche und/oder seelische Schäden bis hin zum Tod. Für die jeweiligen betroffenen Individuen bedeutet dies die Wahl, entweder dauerhaft zu leiden bis zum Tod oder sich zu wehren. Deshalb gilt die dauerhafte Frustration von Grundbedürfnissen als eine wesentliche Erklärungsfolie für gewaltsame Konflikte. Obwohl sich empirisch ein enger Zusammenhang zwischen Armut und Krieg herstellen lässt, wäre es falsch, von einem direkten Automatismus in dieser Frage auszugehen. Häufig kommt es zu einer Kombination von Armut, wirtschaftlicher Unterentwicklung, politischen Unterdrückungsmechanismen und weiteren destabilisierenden Faktoren, z. B. die Abhängigkeit vom Rohstoffexport sowie ansteigende Waffenexporte, die dann in einer Ursachen-Wirkungskette zum Ausbruch von bewaffneter Gewalt führen.

Eine Untersuchung der Weltbank ergab, dass die Wahrscheinlichkeit, dass in einem Land mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 250 US\$ in den nächsten fünf Jahren ein Bürgerkrieg ausbricht, bei 15% liegt. Bei einem Land mit einem jährliche Pro-Kopf-Einkommen von 5.000 US\$ beträgt die Wahrscheinlichkeit weniger als 1%.

Public Health: konstruktive Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung

Wie kann nun das „Nein zum Krieg“ mit dem „Ja“ zu konstruktiver Konfliktbearbeitung und einer Arbeit für Friedenskonsolidierung verbunden werden?

Bei der Transformation einer Kriegsgesellschaft in eine Friedensgesellschaft hat sich aus medizinisch-psychologischer Sicht ein Ansatz bewährt, der die Arbeit am Wiederaufbau des öffentlichen Gesundheitswesens in Postkonflikt-Ländern mit den Methoden des Konfliktmanagements integriert, so geschehen im IPPNW-Projekt des „Medizinischen Netzwerks für die soziale Rekonstruktion in den Republiken des früheren Jugoslawien“.

Zwei Handbücher zum Thema sind zu nennen: „War and Public Health“ und „Peace through Health“, sowie der Online-Fortbildungskurs „Medical Peacework“, um besonders Medizinstudenten, Ärzte und weitere Gesundheitsberufler für medizinische Friedensarbeit zu gewinnen.

Die Studie „Peace through health“ von Dr. Angelika Claußen liegt voraussichtlich ab April gedruckt in der IPPNW-Geschäftstheke vor.

Dr. Angelika Claußen war langjährige Vorsitzende der IPPNW Deutschland.



Regime Change Nr. 3?

Iran: Kriegs- oder Friedenspolitik – das ist die Frage

Der potenzielle Bau von Atomwaffen im Iran gerät zunehmend in die Schlagzeilen. Die daraus scheinbar resultierende Bedrohung für andere, insbesondere für Israel, wird beschworen und eine Vorweg-Legitimation für einen Angriff auf Iran propagiert.

In jüngster Zeit verdichten sich Nachrichten, die USA beabsichtigten in Israel amerikanische Soldaten zu stationieren, und einen Teil der Golf-Flotte mit modernsten Raketenabwehrsystemen in den Gewässern vor Israels Küste zu stationieren. Träfen diese Meldungen zu, so wäre dies ein gewaltiger neuer Eskalationsschritt in der Bedrohung des Iran.

Im Folgenden gebe ich eine Problemübersicht und nenne zivile Alternativen in Thesen.

Die aktuelle militärische Lage: Nicht der Iran kann gegenwärtig andere Staaten militärisch bedrohen, er selbst ist umzingelt von US-Stützpunkten, einem großen US-Flottenaufmarsch im Persischen Golf, umgeben von Staaten mit Atomwaffen, von denen Israel ständig laut über einen Angriff auf Iran nachdenkt. Instabilitäten in Nachbarstaaten wie Afghanistan, Pakistan und Irak und Minderheitenprobleme sind bedrohlich. Die militärische Zusammenarbeit zwischen Iran, Syrien, der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gazastreifen ist weitgehend durch die revolutionären Ereignisse in Syrien lahmgelegt. Im Iran ist der 8-Jährige, vom Westen unterstützte Angriffskrieg des Iraks unter Saddam Hussein nicht vergessen. Der Iran hat seit dem Beginn des vergangenen Jahrhunderts niemanden angegriffen.

Der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA über den Stand der Fähigkeit des Irans, Atomwaffen zu produzieren, wird sehr unterschiedlich von „nichts Neues“ bis zur Aussage „klarer Beweis

für das Streben Irans nach Atomwaffen“ bewertet. Der vielfach ausgezeichnete US-Journalist Seymour M. Hersh kommt in einer ausführlichen Analyse des Berichts zu dem Ergebnis: „Der neue Bericht lässt uns dort, wo wir bereits 2002 waren, als George Bush erklärte, der Iran sei ein Mitglied auf der Achse des Bösen mit vielen kriegerischen Worten garniert, aber ohne jegliche Erkenntnis von einem Nuklearwaffen-Programm“ (newyorker.com; Übersetzung A. Buro). Vermutlich ist die Versicherung Teherans, es strebe keine Atomwaffen an, ebenso wenig glaubwürdig wie die entsprechende frühere Versicherung des israelischen Ministerpräsidenten Ben Gurion, Israel strebe nicht nach Atomwaffen.

Sollte der Iran wirklich in den Besitz von Atomwaffen gelangen und die entsprechenden Trägersysteme besitzen, könnte er sie gegen Israel nicht einsetzen, ohne eine weitgehende Zerstörung des eigenen Landes in Kauf zu nehmen. Für Iran gilt nach wie vor der Grundsatz: „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“. Spätestens mit den aus Deutschland gelieferten U-Booten verfügt Israel über eine nukleare Zweitschlagfähigkeit. Warum sollte Iran seinen eigenen Untergang herbeiführen wollen? Hätte Iran tatsächlich Atomwaffen und die entsprechenden Trägersysteme zur Verfügung, wäre voraussehbar sein nächster Schritt, sich ebenfalls eine Zweitschlagfähigkeit zu verschaffen, um seine Abschreckung eines feindlichen Angriffs glaubwürdiger zu machen. Das würde andere Staaten der Region in der Folge noch stärker zu eigenen Bemühungen um Atomwaffen anstacheln.

Die Erfolgsaussichten eines US-israelischen Angriffs auf Iran wird von fast allen Seiten als ein unkalkulierbares, risiko-reiches Unternehmen gewertet. Es würde sich dabei nicht um einen nur punktuellen Angriff handeln können, denn auch die iranische Militär- und Infrastruktur müsste zerstört werden, um einen wie auch immer

gearteten Vergeltungsakt zu verhindern, also eine sehr weitgehende Zerstörung des Landes. Was dann in den angrenzenden Ländern und mit der Ölproduktion geschehen würde, dürfte mit den Worten Chaos und Inferno zu umschreiben sein. Realistischer erscheint ein Angriff auf Iran mit Mitteln des Cyberwars, wie es bereits durch das Stutnex-Virus geschehen ist, durch Sabotageakte und die Ermordung wichtiger Persönlichkeiten, was gegenwärtig bereits praktiziert wird. Soweit die Kriegsoptionen – alle verantwortungslos und friedenspolitisch unwirksam.

Immmer wieder wird die Befürchtung geäußert, durch eine nukleare Bewaffnung des Iran würde sich das Machtgleichgewicht im Mittleren und Nahen Osten zuungunsten des Westens und den mit dem Westen verbündeten arabischen Staaten verändern. Es stellen sich Fragen. Kann man gegenwärtig überhaupt von einem stabilen Machtgleichgewicht sprechen? Besteht nicht viel eher eine stabile Instabilität in dem ganzen Bereich? Würde eine friedenspolitische Lösung mit dem Iran nicht gerade die Stabilität in der Region erheblich verbessern und Dialoge im Sinne von KSZE die Bedrohungsängste ab- und Vertrauen aufbauen? Ferner fragt sich, ob nicht angesichts der gewaltigen Umbrüche im globalen Maßstab und dem Aufkommen von wirtschaftlich aufstrebenden Mächten ohnehin eine Verschiebung des bestehenden Einflusses der Staaten in der Region zu erwarten ist? Ist es deshalb nicht sinnvoll, auch die bestehenden Differenzen möglichst bald nicht mehr militärisch anzugehen, sondern zivile Verhandlungsformen bereits zu erproben und mit ihnen Erfahrungen zu sammeln?

Auf der „Achse des Bösen“ stand neben Iran auch Libyen. Dieses hat auf Atombewaffnung verzichtet, doch wurde trotzdem das Regime Gaddafis jüngst durch die NATO gestürzt. In Libyen ging es also



auch um „Regime Change“. Im Iran geht es seit 1951 um „Regime Change“. Damals wurde der demokratisch gewählte Ministerpräsident Mossadegh, der das Joch der internationalen Ölkonzerne abschütteln wollte, mithilfe der CIA und des britischen Geheimdienstes gestürzt und das terroristische Schah-Regime an die Macht gebracht, der Iran zu einer Regionalmacht in Abhängigkeit von den USA machen sollte. Der nächste „regime change“ unter Ajatollah Chomeini machte diesen Plan zunichte. Zu vermuten ist, im Irankonflikt geht es nicht um Atomwaffen, sondern um „Regime Change“ Nr. 3.

Ein potenziell erfolgreicher Weg im Sinne friedlicher Konfliktbearbeitung bestünde durchaus. Zunächst müsste dem Iran von USA, Israel und NATO ein Nichtangriffspakt angeboten werden, der die Bedrohung des Iran von außen sehr vermindern würde. Dabei sei in Aussicht zu stellen, dass nach einem erfolgreichen Abschluss auch die gegenwärtig bestehenden Sanktionen gegen Iran aufgehoben würden, wenn der Iran die Einhaltung des Atomwaffensperrvertrages glaubhaft und kontrollierbar zusichert. Damit würde eine Win-win-Situation für beide Konfliktseiten geschaffen. Die iranische Führung könnte auf die Minderung der Bedrohung von außen und auf große wirtschaftliche Vorteile hinweisen und ihr Gesicht wahren, sie habe immer nur auf eine friedliche Nutzung der Kernenergie, wie sie ihr nach dem Atomwaffensperrvertrag zusteht, hingearbeitet. Die westliche Seite könnte auf den Erfolg bei der Verhinderung des Entstehens einer neuen Atomwaffenmacht verweisen.

Diese friedenspolitische Herangehensweise an den Konflikt sollte ergänzt werden durch die Anregung und Förderung einer dauerhaften Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten (KSZMNO). Auf ihr wäre nicht nur die Atomwaffenfrage zu besprechen, son-

dern auch die vielen gemeinsamen Interessen der Region und die Möglichkeiten des Ausbaus der Kooperation. Dadurch könnten die Konflikte in der heute so explosiven Region friedenspolitisch entschärft werden. Dies ergäbe auch für die Menschen im Iran, in Palästina und Israel eine zukunftsreiche Perspektive.

Eine solche Politik wird unterstützt durch den Beschluss der UN-Vertragskonferenz zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) von 2010, bereits in diesem Jahr zu einer Konferenz für eine massenvernichtungswaffenfreie Zone im Mittleren und Nahen Osten einzuladen. Dem wird entgegen gehalten, Israel würde sich nie auf einen Verzicht auf seine Atomwaffen bereit erklären. Ob das tatsächlich eine dauerhafte Position Israels sein wird, muss sich erst noch erweisen, wenn ihm dafür eine kooperative Einbindung in die Region angeboten würde. Zur Erinnerung: Atomwaffenfreie Zonen wurden bereits vereinbart, für die Antarktis, Lateinamerika/Karibik, den Südpazifik, Südostasien, Afrika, Zentralasien und die Mongolei. Auch im Zwei-Plus-Vier-Vertrag wurde eine atomwaffenfreie Zone für das Gebiet der Ex-DDR und der BRD beschlossen.

Die Bundesregierung ist aufzufordern, sich eine solche friedenspolitische Orientierung zu eigen zu machen. Sie darf nicht in falscher Solidarität zu Israel dessen militärische Drohpolitik unterstützen, sondern vielmehr auf einen großen politischen Dialog in der ganzen Region hin arbeiten. Dazu gilt es auch, Washington zu überzeugen, von seiner Politik des „Regime Change“ abzulassen, was zweifellos eine erhebliche Standfestigkeit von Berlin erfordern würde. Deutschland könnte so gemeinsam mit anderen EU-Staaten eine Politik einleiten, die sich von der fatalen Konfrontation mit islamischen und arabischen Staaten abwendet und sich der Bearbeitung der zahlreichen so-

zialen, wirtschaftlichen und ökologischen Probleme zuwendet. Es könnte auch seine Rüstungsexportpolitik korrigieren.

In dem Konflikt des Westens und Israels mit dem Iran spricht alles gegen eine militärische Herangehensweise und alles für die Entfaltung von Friedenspolitik im Sinne ziviler Konfliktbearbeitung.

Es kommt jedoch noch ein Gesichtspunkt hinzu. Was würde bei einem Angriff auf Iran aus dem vielfach euphorisch gelobten, allerdings kaum unterstützten arabischen Frühling, der sich bereits schon wieder der Tritte der Militärstiefel zu erwehren hat? Steigerung der militärischen Bedrohung bedeutet immer auch Repression nach innen. Darunter hätten die RevolutionäreInnen des arabischen Frühlings genauso zu leiden wie die demokratische Opposition im Iran gegen die Herrschaft der Ayatollahs und der Ahmadinedschads. Das wäre noch ein „Kollateralschaden“ der militärischen Konflikt austragung.

Prof. Dr. Andreas Buro
ist Politikwissenschaftler,
IPPNW-Beiratsmitglied und
aktiv in der „Kooperation
für den Frieden“.



Zurückgelassene Habseligkeiten, wucherndes Unkraut,
schleichender Verfall: In der Sperrzone um das havarierte AKW
Fukushima Dai-ichi steht das Leben für immer still.





Mehr Fotos aus der Sperrzone von Toshiya Watanabe finden Sie unter:

<http://toshiyawatanabe.com/3-months-later>

Nukleare Geisterstädte

Die Evakuierungszone um das AKW Fukushima Dai-ichi

Wie ein Geist spiegelt sich Toshiya Watanabe im Schaufenster eines Fotostudios – hinter ihm die Kreuzung gespenstisch menschenleer. Er ist einer von Tausenden Menschen, die infolge der Nuklearkatastrophe von Fukushima ihre Heimatstadt von heute auf morgen verlassen mussten – vermutlich für immer. Allein bis zum 13. März 2011 wurden etwa 62.000 von 78.000 betroffenen Menschen evakuiert.

„Am Tag nach dem Erdbeben forderte die Regierung die Bewohner auf, die Stadt sofort zu verlassen. Meine Heimatstadt ist jetzt Sperrgebiet“, schreibt er. Am 12. Juni 2011, drei Monate nach dem Erdbeben, bekam er die Erlaubnis noch einmal zurückzukehren, um aus seinem Haus ein paar persönliche Dinge zu retten, wie z. B. sein Familienalbum, „das voller guter Erinnerungen steckt.“ Während dieses Besuchs hatte der heute in Tokio lebende Artdirector die Gelegenheit diese Fotos zu machen. „Ich wollte die Situation nicht überdramatisieren, ich wollte nur die aktuellen Bedingungen in meiner Heimatstadt aus einer persönlichen Perspektive festhalten.“



© Toshiya Watanabe

Eine Chronik der Katastrophe

Der Super-GAU im Atomkraftwerk Fukushima Dai-ichi

Am 11. März 2011 um 14.46 Uhr Ortszeit ereignet sich in Japan ein Erdbeben der Stärke 9 auf der Richterskala. 46 Minuten später wird die Hauptinsel Honshu von einem großen Tsunami getroffen. Die Techniker und Ingenieure der Atomkraftwerke von Fukushima I (Dai-ichi) verlieren die Kontrolle über ihre Anlagen. In drei Blöcken kommt es zu einer teilweisen bzw. vollständigen Kernschmelze, auch zwei Abklingbecken für abgebrannte Brennstäbe sind beschädigt. Erhebliche Mengen Radioaktivität werden freigesetzt. Ungefähr 100.000 bis 150.000 Einwohner müssen das Gebiet vorübergehend oder dauerhaft verlassen. Hunderttausende zurückgelassene Tiere verhungern.

Die Informationen über die atomare Katastrophe kommen nur scheinungsweise ans Licht. Der Atomkraftwerksbetreiber Tepco und die japanische Regierung reden die Folgen der Reaktorkatastrophe klein, vertuschen und verheimlichen. So hält die Regierung zum Beispiel Informationen des Computerprogramms „Speedi“ zur Abschätzung und Prognose der radioaktiven Kontamination lange zurück. Das System hatte für einige Gebiete außerhalb der 30-Kilometer-Zone um das Kraftwerk Ortsdosisleistungen von über 100 Millisievert pro Jahr vorhergesagt. Die vollständigen Daten veröffentlichte die zuständige Nuclear Safety Commission of Japan aber erst am 29. April 2011. Für die Bewohner

von Namie, einer Stadt etwa acht Kilometer nordwestlich vom havarierten Kraftwerk entfernt, hat das schwerwiegende Konsequenzen. Sie kennen die Informationen des Computersimulationssystems nicht, wonach die Wolke von Fukushima Dai-ichi nach Nordwesten zieht, und fliehen ausgerechnet ins mehr als 20 Kilometer entfernte Tsushima. Dort regnete am 15. März der größte radioaktive Fallout ab.

Auch die Einstufung des Reaktorunfalls auf der internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse (INES) erfolgt mit großer Verzögerung. Die japanische Atomaufsichtsbehörde (NISA) ordnet den Unfall in Reaktorblock 1 am 12. März zunächst auf Stufe 4 ein, am 18. März erhöht sie die Einstufung für Block 1, dann auf Stufe 5. Erst einen Monat später erfolgt die Einstufung der Höchststufe 7.

Im Atomkraftwerk Fukushima I betreibt Tepco sechs Siedewasserreaktoren. Zum Zeitpunkt des Erdbebens sind drei der

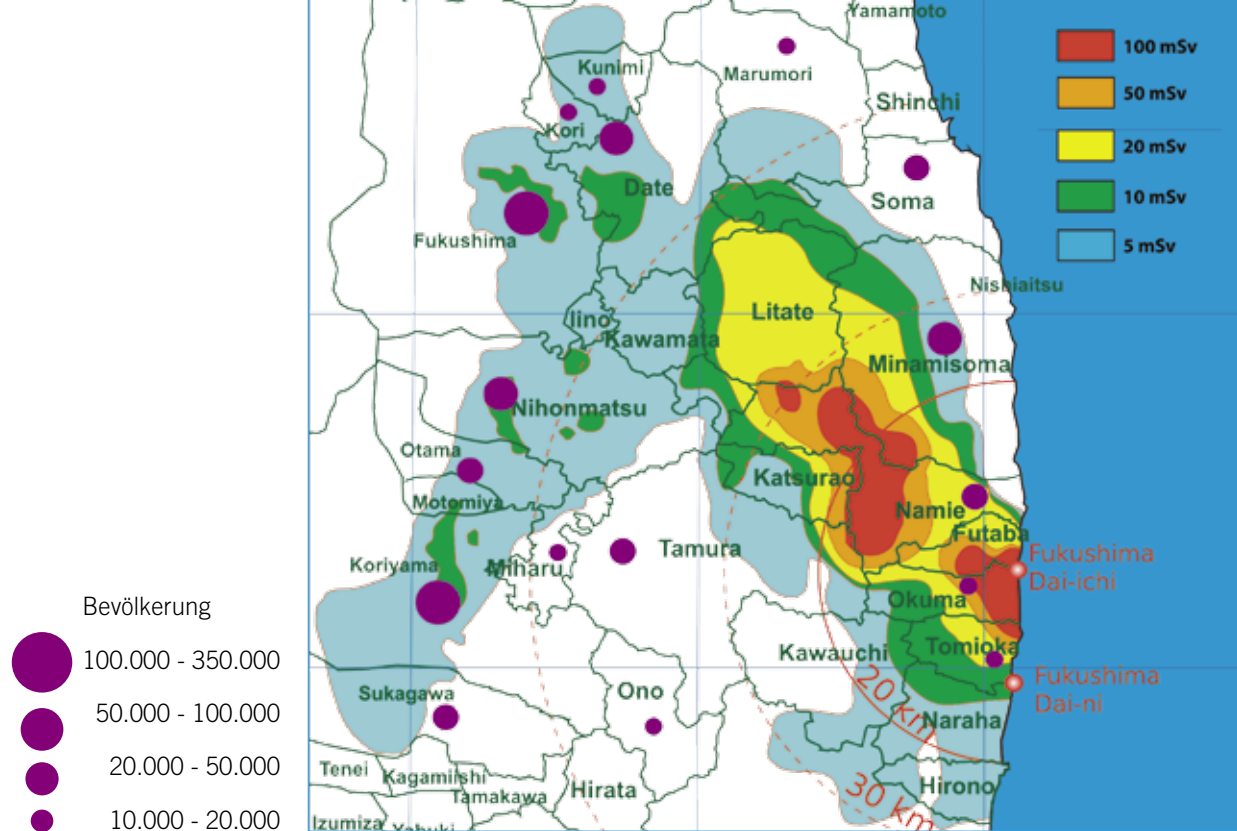
sechs Reaktorblöcke des Atomkraftwerks für Wartungsarbeiten abgeschaltet, die Brennelemente aus Reaktorblock 4 in Abklingbecken im Reaktorblock ausgelagert. Im Reaktor 1 kommt es bereits am 11. März zu einer Kernschmelze und der Freisetzung von radioaktiver Strahlung. Am 14. März und 15. März 2011 ereignen sich im Gebäude von Reaktor 3 und Reaktorblock 2 Explosionen. Um 18.22 Uhr Ortszeit folgt der Ausstoß des gesamten radioaktiven Inventars des Reaktors 2. Am 15. März gegen 6 Uhr zerstört eine Explosion am Reaktorblock 4 den Großteil der oberen zwei Geschosse.

Tepco misst am 15. März in der Umgebung von Reaktor 3 eine Ortsdosisleistung bis 400 Millisievert pro Stunde. 400 Millisievert ist in Deutschland die maximal zulässige Strahlenbelastung für einen Atomarbeiter während seines ganzen Arbeitslebens. Wegen der Strahlungsrisiken reduzierte Tepco die Zahl der Mitarbeiter auf dem Gelände von rund 800 auf 50.

UNTERSTÜTZEN SIE DIE EINRICHTUNG UNABHÄNGIGER MESSSTELLEN

Japanische Bürger gründeten das Projekt 47: In jeder Präfektur soll eine Messstelle für Bürger (CRMS: Citizens' Radioactivity Measuring Station) errichtet werden. In ihnen wird die radioaktive Verseuchung von Lebensmitteln gemessen, wie das nach Tschernobyl rund 40 deutsche Bürgerinitiativen taten. Dem Projekt fehlen noch weitere Messgeräte. Ein Gammamessplatz zur Messung von Nahrungsmittelbelastungen kostet rund 30.000 Euro. Das Geld wird dringend benötigt. Homepage der CRMS: <http://en.crms-jpn.com>

Die IPPNW hat zum Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima ein 4-seitiges Faltblatt veröffentlicht, das Sie in der IPPNW-Geschäftsstelle bestellen können (s. Seite 33). Auf unserer Fukushima-Seite finden Sie zahlreiche weitere Informationen: www.ippnw.de/presse/fukushima



Quelle: Wikimedia/IRSN – Institut de radioprotection et de sûreté nucléaire/
Auswertung der Daten des MEXT (Japanisches Ministerium für Erziehung,
Kultur, Sport, Wissenschaft und Technik) ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe.

Evakuierung der Bevölkerung

Am 11. März um 20.50 Uhr verfügt die Notfalleinsatzzentrale der Präfektur Fukushima die Evakuierung der Bevölkerung in einem Radius von zwei Kilometern um den Reaktorblock 1. Schrittweise lässt der Premierminister diesen Radius auf drei, zehn und 20 Kilometer erweitern. In den Notunterkünften, die auch zur Unterbringung von Tsunami-Betroffenen dienen, werden die Menschen aus der Kontaminationszone teils aus Angst vor Strahlung abgewiesen. Ärzte müssen Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausstellen.

Am 12. April beschließt die Regierung die Evakuierung der außerhalb der 20-Kilometer-Zone gelegenen Orte Katsurao, Namie und Litato sowie von Teilen von Kawamata und Minamisoma, weil die Jahresdosis dort auf 20 Millisievert oder mehr geschätzt wird. Im April erhöht das japanische Erziehungsministerium zudem die Strahlengrenzwerte für Kinder auf 3,8 Mikrosievert pro Stunde. Die IPPNW protestiert in einem Brief an das Ministerium. Nach massiven Elternprotesten werden die Höchstwerte der zulässigen radioaktiven Belastung in Schulen im August 2011 wieder auf ein Millisievert im Jahr herabgesetzt. Nach Angaben des konservativen Instituts de Radioprotection et de Sûreté Nucléaire leben zwei Monate nach der atomaren Katastrophe noch über 70.000 Menschen,

darunter 9.500 Kinder, in den hoch verstrahlten Gebieten außerhalb der Evakuierungszone. Sie errechnen für diesen Personenkreis eine Jahresdosis von bis zu 200 Millisievert.

Glück im Unglück hat der Großraum Tokio mit seinen rund 36 Millionen Einwohnern: Als die dichteste „radioaktive Wolke“ am 15. März über die Hauptstadt hinwegzieht, regnet es nicht. Allerdings zieht zwischen dem 20. und 22. März erneut Radioaktivität über noch größere Gebiete der japanischen Hauptinsel, von Gebieten nördlich des Atomkraftwerks bis Osaka im Süden. Starke Niederschläge sorgen dafür, dass fast das gesamte Cäsium-137 aus der Atmosphäre ausgewaschen wird. Es kommt zu einer nennenswerten Cäsium-Belastung großer Gebiete Japans einschließlich Tokios.

Radioaktive Kontamination

Ein internationales Forscherteam veröffentlicht am 21. Oktober 2011 eine Studie, laut der durch den Super-GAU in Fukushima 2,5-mal so viel radioaktives Edelgas Xenon-133 freigesetzt wurde wie durch Tschernobyl. Die vom Norwegian Institute for Air Research erstellte Studie errechnet eine Freisetzung von 16.700 Peta-Becquerel Xenon-133 in den Tagen vom 11.-15. März – den Autoren zufolge „die größte zivile Freisetzung in der Geschichte der Menschheit“.

Die für die menschliche Gesundheit besonders gefährliche Freisetzung von radioaktivem Cäsium-137 in den Monaten März und April belief sich der Studie zufolge auf 36 Peta-Becquerel. Obwohl diese Menge nur rund 2% des Inventars der Fukushima-Reaktoren 1-3 und des Abklingbeckens von Block 4 entsprach, betrug damit die Freisetzung in diesem Zeitraum gut 40% der geschätzten Freisetzung durch Tschernobyl. Circa 19% dieser Cäsium-137-Emissionen gingen der Studie zufolge über Japan nieder, während etwa 79% über dem Pazifischen Ozean deponiert wurden. Nahe des Kraftwerks wurden die gesetzlichen Grenzwerte für radioaktives Iod und Cäsium im Meerwasser vorübergehend um das 50.000- bis 200.000-Fache überschritten. Eine so starke Einleitung radioaktiver Spaltprodukte ins Meer hat es zuvor noch nie gegeben.

Angelika Wilmen ist
Pressesprecherin und
Koordinatorin der
Öffentlichkeitsarbeit der
IPPNW Deutschland.



Zwischen Patriotismus und Protest

Auf Vortrags- und Informationsreise in Japan



DER BAHNHOF „NAMIE-STADT“ 9 KM VON FUKUSHIMA DAI-ICHI ENTFERNT



ZURÜCKGELASSENE HUNDE IN NAMIE



DIE HAUPTSTRASSE IN NAMIE, 8 KM VOM AKW FUKUSHIMA DAI-ICHI

© Toshiya Watanabe

Die Ereignisse um das Atomkraftwerk Fukushima haben viel wieder wachgerufen, was in den vergangenen Jahren etwas in Vergessenheit geraten war. Unsere Erfahrungen aus den Jahren nach Tschernobyl, das Suchen nach Wahrheit in Zusammenhang mit Tschernobyl, die Versuche, sich als Bürger unabhängig von den einschlägig bekannten Behörden zu informieren und zu schützen – all das stößt begreiflicherweise jetzt in Japan auf großes Interesse.

So entstand der Entwurf einer Vortrags- und Informationsreise nach Japan gemeinsam mit Prof. Eugen Eichhorn, einem emeritierten Mathematikprofessor von der Beuth-Hochschule in Berlin, der seit etlichen Jahren an dieser Hochschule in jedem Semester einen Hiroshima-Peace-Study-Course durchführt und mit dem deutsch-japanischen Friedensforum und dem Internationalen Jugendfreiwilligendienst Berlin Jugendliche zu einjährigen Arbeitseinsätzen nach Japan vermittelt. Mein Interesse galt der Vermittlung unserer „Nach-Tschernobyl-Erfahrungen“ und der Suche nach Fukushima-Fakten, seines der Bestätigung freundschaftlicher Kontakte und der Planung weiterer Kooperation.

In drei Wochen besuchten wir folgende Stationen: Fukugawa und Sapporo, Fukuoka, Kokura und Yufuin, Nagasaki, Hiroshima, Osaka, Fukushima, Urawa/Saitama, Takasaki/Shinseikai, Sendai und Tokio. Über drei Wochen gab es fast täglich Veranstaltungen in Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden, Universitäten und in Tokio die Beteiligung an einer wissenschaftlichen Tagung, auf der ich einen von vier Vorträgen halten durfte. Das Interesse an einem intensiven Erfahrungsaustausch war überwältigend. In allen Veranstaltungen fiel das besondere Interesse der Mütter an der Strahlenproblematik auf. Selbst im Süden Japans meldeten sich junge Mütter, die mit ihren kleinen Kindern aus der Gegend um Fukushima geflohen waren und nun vor existenziellen Entscheidungen stehen.

Die Situation in Japan gestaltet sich u.a. deshalb schwierig, weil die ganze Gesellschaft nach den Erfahrungen von

Hiroshima und Nagasaki durch massive Beeinflussung von Medien und Politik durch die USA auf einen euphorischen Kurs der „friedlichen“ Nutzung der Kernenergie geschoben wurde. Der Erfolg dieses US-Manipulationsprogramms ist aus der Ferne schlechterdings unbegreiflich. Tschernobyl hat Japan verschont, das in Westeuropa durch Tschernobyl provozierte Nachdenken ist dort ausgeblieben.

So muss jetzt das kleine 1x1 der Kernspaltung, der Strahlenschäden im Eiltempo nachgeholt werden. Was bisher dazu erreicht wurde, ist einerseits sehr beeindruckend. Bürger bauen Strahlenmessstellen nach dem Vorbild der deutschen Messstellen auf, die nach Tschernobyl entstanden. Die japanischen Initiatoren saugen jede Information, die dazu erforderlich ist, wie trockene Schwämme auf. Es gibt mehr und mehr solcher Messstellen. Exemplarisch sei die Citizens' Radioactivity Measurement Station in Fukushima genannt, mit der inzwischen ein ständiger Informationsaustausch besteht. Es gibt eine ständig anwachsende Zahl von Künstlern, die sich sehr intelligent und scharf zu Wort melden. Und es gibt eine – noch überschaubare – Anzahl von Fachleuten und Hochschullehrern, die ihre sehr staatsloyale Erziehung vergessen und den Mund aufmachen.

Diese Fachleute, das ist die Schattenseite, insbesondere die Mediziner unter ihnen, stehen unter starkem Druck. Es ist deshalb sehr schwierig, belastbare Fakten zusammenzutragen. Die Ärzte haben vielfach ihre Angst vor der sehr konservativen japanischen Ärztekammer gestanden. Die Ärztekammer scheint blindlings den Empfehlungen von Fachleuten wie Prof. Shunichi Yamashita zu folgen, die gebetsmühlenartig wiederholen, dass es unter 100 mSv keine Probleme gibt, dass Cäsium überhaupt nicht gefährlich wäre und dass man nur lächeln müsste, dann würde man nicht krank. An dieser Stelle scheint die IPPNW in besonderer Weise gefordert, das Umdenken zu unterstützen und den noch ängstlichen Kollegen moralische und fachliche Rückendeckung zu geben – soweit das möglich ist.

Die „Gegenseite“ ist nicht faul und unterstützt über die internationalen Fachgremien die 100-mSv-Verharmlosungsthese, das macht ein gezieltes Engagement auch im Westen speziell zu dieser Frage dringend erforderlich. Es geht hier nicht um wissenschaftliche Meinungsfreiheit. Die Behauptung, dass unterhalb von 100 mSv nichts passieren würde, ist nachweislich falsch.

Ein weiteres heikles Problem auf der Schattenseite ist ein ins Absurde überhöhtes Verständnis von Patriotismus. Darauf stößt man beispielsweise, wenn man auf einem großen Bahnhof einen Propagandastand findet, der die hervorragenden Lebensmittel aus der Präfektur Fukushima anpreist. Es gibt Politiker, die die Bevölkerung aufgefordert haben, ihre Unterstützung für die Region um Fukushima dadurch zu bekunden, dass sie nun gerade solche Lebensmittel kaufen. Ein anderes Beispiel ist die

aberwitzige Idee, den Schutt, den der Tsunami hinterlassen hat und der dann vom Fallout des AKW kontaminiert wurde, auf alle Präfekturen Japans zu verteilen und dort in Müllverbrennungsanlagen zu verbrennen. Was an Radioaktivität dann nicht über den Schornstein in die Umwelt – verteilt auf ganz Japan – geblasen wird, landet in der Asche, die man dann zur Landgewinnung ins Meer kippt. Das ist so schlimm wie ein zweites Fukushima. Die Arbeiten laufen in einigen Präfekturen, andere haben noch nicht zugestimmt.

Großes Interesse fand bei allen Veranstaltungen die Studie, die im Auftrag von foodwatch und IPPNW von Thomas Dersee und mir zu der Frage der Grenzwerte in Nahrungsmitteln geschrieben wurde. Die Studie wurde in mehrere Sprachen übersetzt – auch ins Japanische, möglicherweise hat sie geholfen, dass jetzt über eine Senkung der Grenzwerte nachgedacht wird. Konkrete Fragen nach zu erwartenden Gesundheitsschäden sind bisher noch schwer zu beantworten. Die Datenlage über das Ausmaß der Kontamination ist noch sehr unsicher und die Ärzte, auf deren Aufmerksamkeit es bei dieser Frage sehr ankommt, sind noch sehr zurückhaltend.

Ich habe in Japan darüber berichtet, welche Auswirkungen in Westeuropa nach Tschernobyl festgestellt wurden – also weit weg von Tschernobyl, bei moderater Strahlenbelastung. Erhöhte Säuglingssterblichkeit, vermehrt angeborene Fehlbildungen, Down-Syndrom, ein geändertes Geschlechtsverhältnis bei den Geburten – diese eher leisen Effekte, über die die verantwortlichen Stellen auch in Deutschland nicht ernsthaft nachdenken wollen, treffen eine sehr hohe Zahl von Opfern und deren Familien. Ich befürchte, dass Schäden dieser Art jetzt – fast ein Jahr nach der Katastrophe – zu beklagen sind. Leukämie und Schilddrüsenkrebs wird wahrscheinlich erst etwas später auftreten. Man muss allerdings diese Schäden suchen, dazu braucht man verlässliche und für die Wissenschaft auch zugängliche Daten, ein Fehlbildungsregister beispielsweise, ein Kinderkrebsregister, und man braucht couragierte Wissenschaftler, die es wagen, gegen die Übermacht der „willigen“ Kollegen anzutreten. Wenn man versucht, die japanischen Verhältnisse zu verstehen, so wird erschreckend deutlich, dass all das, was jetzt in Japan schief läuft, auch bei uns in Deutschland alles andere als geregelt ist.



Dr. Sebastian Pflugbeil ist
Physiker und Präsident
der Gesellschaft für
Strahlenschutz.

Vier Tage im März

Von Cordula Meyer

Ihre Heimat ist zur Geisterstadt geworden, sie leben seit Monaten in Containern: 21.000 Menschen aus Namie flohen vor dem Super-GAU in Fukushima – an den Ort, wohin auch die Strahlenwolke zog. Größer als Angst und Wut ist nur ihre Sehnsucht nach dem alten Leben.

Seine Stadt existiert nur noch auf den kopierten Karten, die hinter ihm an der Wand hängen. Neun Monate ist es her, dass Bürgermeister Tamotsu Baba die 21.000 Einwohner von Namie auf die Flucht schickte, vor den schmelzenden Kernen im Kraftwerk Fukushima Dai-ichi. Baba war damals auf sich allein gestellt. Es gab keine Katastrophenpläne, keine Hilfe aus Tokio oder vom Kraftwerksbetreiber Tepco. Und auch heute kommt es ihm vor, als müsse er allein kämpfen.

Tamotsu Babas Büro ist eine fensterlose Kammer im Zentrum für Geschlechtergleichstellung in der Stadt Nihonmatsu. Es gab keinen anderen Platz für die Notverwaltung von Namie. Baba trägt einen Spitzbart und Zeichen der Erschöpfung im Gesicht. Denn der Bürgermeister versucht seit Monaten, die Zukunft seiner Stadt zu retten. „Ich will alle Menschen zusammen zurück nach Namie bringen“, sagt er. „Es wird schwer, und vielleicht können wir nicht in alle Ortsteile, aber wenigstens doch nach Namie.“

Seine Stadt liegt bis auf einen winzigen Teil in der Sperrzone, nur etwa acht Kilometer nordwestlich vom havarierten Kraftwerk – genau dort, wo die Strahlung besonders hoch ist. Soldaten sollen nun versuchen, das Rathaus und andere Teile von Namie zu dekontaminieren. „Wir brauchen technische Hilfe“, sagt Baba. Die Einwohner Namies setzen unerfüllbar hohe Hoffnungen in die Säuberungen – ganz so, als ließe sich das strahlende Cäsium 137 einfach mit dem Hochdruckstrahler abwaschen und verschwände dann auf Nimmerwiedersehen im Gully. Baba: „Die

Menschen fragen mich verzweifelt: Wann können wir endlich in unsere Heimat zurück?“ Die Menschen aus Namie leben inzwischen über 44 der 47 Präfekturen Japans verstreut. Nach so vielen Monaten „sind sie es leid, als Flüchtlinge zu leben“, sagt der Bürgermeister. „Ihr Alltag ist zerstört.“ Tepco, der Kraftwerksbetreiber, habe Namies Bewohnern Entschädigung versprochen. „Der Konzern geht davon aus, dass die emotionalen Narben mit der Zeit heilen. Ich sehe, wie sie mit der Zeit schlimmer werden.“

Namie ist einer von knapp einem Dutzend Orten in der Sperrzone. Insgesamt mehr als 100.000 Menschen sind seit neun Monaten Strahlenflüchtlinge. Bürgermeister Baba musste die Flucht selbst organisieren. Niemand warnte ihn und seine Bürger, dass ihr Fluchtweg identisch sein würde mit der Ausbreitungsrichtung der radioaktiven Wolke. Sie flohen – und die Strahlung folgte ihnen. Vier Tage im März befanden sie sich ausgerechnet dort, wo die meisten strahlenden Partikel niedergingen.

Seit neun Monaten ist Namie nun eine Geisterstadt. Naka Shimizu, der Assistent des Bürgermeisters, fährt regelmäßig in die Sperrzone, um im verwaisten Rathaus nach dem Rechten zu sehen. Auch heute kehrt er für wenige Stunden zurück in die alte Heimat. Ein paar Kilometer vor der Straßensperre zieht er Schutanzug, Atemmaske und Handschuhe an, über die Stiefel streift er blaue Plastiküberzüge. Hinter den Barrikaden erstreckt sich eine wilde Berglandschaft. Pflanzen haben die Straße zur Hälfte überwuchert. Mannshohes Unkraut wuchert auf Weiden, Höfen

und wächst durch die Risse, die das Erdbeben auf den Straßen hinterlassen hat.

Shimizu steigt aus und zeigt auf ein einzelnes Betongebäude. Früher war dies die Ukedo-Grundschule von Namie. Alle Schüler haben überlebt, weil die Lehrer „einfach perfekt reagiert haben“. Zu Fuß brachten die Pädagogen die Kinder auf höheres Gelände. Ansonsten aber hätten die staatlichen Stellen bei der Flucht vor der Radioaktivität praktisch gar nicht funktioniert: „Weder die Regierung in Tokio noch die Präfekturverwaltung haben uns geholfen.“ Auf dem Rückweg aus der Sperrzone ist Shimizu schweigsam. Dann dreht er sich unvermittelt um und sagt: „Bitte helft uns“, sagt er. „Helft Fukushima! Bitte, Europa: Helft uns!“

In der Nacht zum 12. März war niemand da, um zu helfen. Tausende Menschen, deren Häuser vom Tsunami oder vom Erdbeben beschädigt waren, fanden Zuflucht im Rathaus von Namie und in den Schulen der Stadt. Die einzigen Informationsquellen von außen waren das Fernsehen und das Radio.

Bereits am Abend zuvor waren die Ortschaften Futaba und Okuma gewarnt worden, die direkt am Kraftwerk Fukushima Dai-ichi liegen. Busse kamen, um die Menschen abzuholen. Bürgermeister Baba und die Bürger in Namie, nur ein paar Kilometer weiter entfernt von dem havarierten AKW, erfuhren nichts davon.

Busfahrer Norito Kikuchi und sein 32-jähriger Sohn Takuya saßen in jener Nacht gebannt vor dem Fernseher. Sie starteten auf den Schirm, wo immer wieder die

19. JUNI 2011: EINE ZURÜCK-
GELASSENE KATZE VERSTECKT
SICH IN EINEM VERLASSENEN
WASCHSALON – IN NAMIE-STADT,
JAPAN, NUR 10 KILOMETER VOM
HAVARIERTEN ATOMREAKTOR.



Bilder des Jahrhundert-Tsunamis liefen. Und sie hörten die Meldungen aus dem Kraftwerk Fukushima Dai-ichi, die immer bedrohlicher klangen. Früher hatten die Kikuchis nachts von ihrem Haus aus die roten Warnlichter für die Flugzeuge an den Türmen des AKW blinken sehen. Doch nun war alles dunkel. Takuya packte eine Tasche, drängte den Vater zum Aufbruch. Doch der wollte noch abwarten.

Gegen sechs am Samstagmorgen verlas der Nachrichtensprecher eine Warnung von Ministerpräsident Naoto Kan. Menschen in einem Umkreis von zehn Kilometern um das Kraftwerk sollten fliehen, so seine Aufforderung. Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass Ingenieure Druck aus dem Innern des überhitzten Reaktors würden ablassen müssen – mit der Folge, dass radioaktive Partikel über Namie hinwegziehen würden. Takuya sprang auf und weckte seine Schwester: „Wir müssen weg.“ Norito rüttelte seine Mutter wach und nahm noch schnell ein gerahmtes Porträt seiner verstorbenen Frau mit, Takuya nahm die tragbare Playstation und seine Schwester ihr Handy mit den vier Plüschtieren dran.

Nach zehn Minuten fiel der Großmutter ein, dass sie ihre Herztabletten vergessen hatte. Sie kehrten noch einmal um. Norito fluchte. Obwohl er sich vorher vorgenommen hatte, ganz besonnen zu bleiben. Die Straßen füllten sich. Norito Kikuchi steuerte seinen kleinen Honda entlang der Bundesstraße 114, auf der er 39 Jahre lang den Linienbus gefahren hatte. Oben am Berg über Namie hielten sie noch einmal an und schauten auf ihre Stadt hinunter. Autos stauten sich dicht an

dicht. „Es war wie das Armageddon“, sagt Takuya. „Es fühlte sich nicht an, als ob es wirklich wäre.“

Im Flucht-Stau dort unten stand der 75-jährige Hangai Masao in seinem winzigen Subaru-Pick-up. Am Morgen waren Feuerwehrlleute auf seinen Bauernhof gekommen. „Sie haben nichts von Strahlung gesagt“, erzählt Masao. „Sie haben nur etwas von Evakuierung gesagt.“ Hangai Masao ist nur 1,60 Meter groß. Er geht schon ein bisschen krumm, an seinem Subaru klebt ein Warnschild „Senioren am Steuer“. Hangai Masao musste sich nun plötzlich um die 17 und 19 Jahre alten Enkelinnen kümmern. Deren Vater arbeitete an der Westküste Japans, die Mutter in einem Altenheim; sie musste dort bleiben, um die alten Leute zu versorgen.

Mitten auf der Flucht hatte der Wagen einen platten Reifen. Am Straßenrand mühte sich der alte Mann, das Rad zu wechseln. „Niemand hat angehalten, um zu helfen“, sagt Masao. Mehr als drei Stunden später erreichte Masao mit seinen Enkelinnen und seiner Frau ein Evakuierungszentrum in Tsushima. Normalerweise dauert die Fahrt dorthin nicht einmal eine halbe Stunde.

Die alleinerziehende Mutter Keiko Watanabe stand mit ihren zwei Söhnen im selben Stau. Sie hatte mit ihnen in einer Grundschule geschlafen, aus Angst, ihr Haus stürze ein. „Ich sah, dass Leute ihr Auto am Straßenrand zurücklassen mussten, weil sie kein Benzin mehr hatten. Ich sah zwei Frauen, die versuchten, ihr Auto zu schieben.“ Sie selbst blieb seltsam ruhig. „Ich dachte: Ich muss mich

konzentrieren, um auf meine Kinder aufzupassen.“

Auch Bürgermeister Baba hörte Kans Nachricht im Fernsehen. Er löste sofort Alarm aus: Lautsprecherdurchsagen warnten die Menschen in Namie, die noch nicht von selbst geflohen waren. Um elf Uhr hatten die meisten Einwohner die Stadt verlassen und waren auf der Bundesstraße 114 unterwegs.

Im Kraftwerk Fukushima Dai-ichi schmolz zu diesem Zeitpunkt der erste Reaktorkern. Der Druck im Innern von Reaktor 1 stieg und stieg. Verzweifelt versuchten die Ingenieure, Druck aus dem Reaktor abzulassen, aber die Ventile ließen sich zunächst nicht öffnen. Bis zum Mittag gelang es doch noch – und die erste radioaktive Wolke trat aus. Bürgermeister Baba und sein Assistent Shimizu waren da auf dem Weg nach Tsushima, einem Ort gut 20 Kilometer entfernt. Doch Shimizus Frau war mit den Kindern in Namie zurückgeblieben. Als sie den Stau sah, hielt sie es für sicherer, zu Hause zu warten. Um 15.36 Uhr hörte sie einen lauten Knall: „Als ob eine riesige Brücke zusammenstürzt.“ Das Gebäude von Reaktor 1 war explodiert. Nun flohen auch sie.

In einem Regierungsgebäude in der Hauptstadt Tokio sagte das Computersimulationssystem „Speedi“ bereits vorher, in welche Richtung eine austretende radioaktive Wolke ziehen würde. Laut der Speedi-Warnung würde die Wolke von Fukushima Dai-ichi nach Nordwesten ziehen, über Namie hinweg Richtung Tsushima. Diese Prognose wurde an das Büro des japanischen Premierministers gemel-



18. JUNI 2011: AUF DER SUCHE NACH NAHRUNG IN DEN VERLASSENEN STRASSEN VON NAMIE WURDE EIN SCHWEIN IN EINEM SUPERMARKT FÜNDIG UND RUHT SICH NACH DEM FRESSEN DORT AUS.

det. Bürgermeister Baba in der Provinz erfuhr von dieser Frühwarnung erst Monate später, genauso wie all die anderen Menschen, die nach Tsushima geflohen waren. Sie fühlten sich sicher dort, mehr als 20 Kilometer vom Kraftwerk entfernt. Sie kamen im Gemeindezentrum unter und in einer der Schulen.

Keiko Watanabe, die alleinerziehende Mutter, meldete sich zum Küchendienst. Unter freiem Himmel schnippelte sie das Gemüse. Am 15. März, drei Tage nach ihrer Ankunft in Tsushima, regnete der größte radioaktive Fallout auf sie nieder. Es waren die Partikel, die bei der Explosion von Reaktorgebäude 3 ausgetreten waren. Ihre Kinder spielten im Strahlenregen. Noch heute ist die radioaktive Belastung in den Schulen von Tsushima so hoch wie kaum irgendwo: 20 Mikrosievert in der Stunde und mehr.

Mitte März begann ein Team von Forschern der Universität Hirosaki im Norden Japans mit Messungen vor Ort. Aus ihren Daten rechneten sie hoch, welchen Strahlenmengen die Menschen aus Namie an jenen Tagen im März wohl ausgesetzt waren: bis zu 68 Millisievert – dreimal mehr, als die Regierung im Jahr in Notsituationen für vertretbar hält. Nach einer Untersuchung der Präfekturverwaltung Fukushima lag die maximale Belastung für die Anwohner von Namie und anderen Orten aus der Strahlenzone dagegen bei 37 Millisievert. Zum Vergleich: 50 Millisievert sind die Maximaldosis für Arbeiter in einem Kernkraftwerk. Von den

hohen Strahlenwerten wusste Bürgermeister Baba noch nichts, als er am 15. März morgens zum Haus des Bürgermeisters der weiter westlich gelegenen Stadt Nihonmatsu fuhr. Aber er befürchtete, die Lage könne weiter eskalieren. In Nihonmatsu waren 2.000 der 60.000 Einwohner obdachlos, weil das Erdbeben ihre Häuser zerstört hatte. Um sieben Uhr klingelte Baba bei seinem Amtskollegen: „Ist es in Ordnung, wenn ich 5.000 bis 8.000 Menschen aus Namie nach Nihonmatsu bringe?“

Seitdem leben Tausende der ehemaligen Einwohner Namies in Behelfswohnungen und Containerdörfern. Keiko Watanabe mit ihren neun und zwölf Jahre alten Söhnen ist bis heute schon dreimal umgezogen. Derzeit lebt sie in einer Containerdorfsiedlung nahe Nihonmatsu.

In ihrer Notunterkunft liegt kein Fussel auf dem Boden. Die Lernhefte der beiden Söhne sind akkurat in grüne Regale eingeräumt. „Meine Kinder tun mir so leid. Obwohl ich weiß, dass eigentlich Tepco und die Regierung die Schuld tragen, fühle ich mich, als ob ich sie enttäuscht habe.“ Im Oktober maßen Fachleute von der Universität von Fukushima die Radioaktivität in den Schilddrüsen ihrer Söhne. Keiko Watanabe wartet noch auf das Ergebnis. Ab und zu hilft sie bei der Präfektur aus und verteilt Broschüren oder befragt andere Flüchtlinge.

Bürgermeister Baba ist in einem engen Apartment in Nihonmatsu untergekom-

men, mit seiner Frau und seiner Mutter. „Warum muss ich hier leben?“, fragt auch er sich manchmal. Aber noch schlimmer ist es, wenn er um Erlaubnis bitten muss, weil er etwas für die Leute aus Namie tun will – und sei es nur, eine Straßenlampe im Containerdorf aufzustellen.

Lokale Politiker wie Baba sind oft der Blitzableiter für die Wut der Menschen, die eigentlich Tepco und der Regierung in Tokio gelten müsste. Wenn er sich daran erinnert, wie er viel zu spät von den Speedi-Warnungen erfuhr, packt ihn noch heute die Wut: „Ich bin nicht ärgerlich. Es ist mehr als das. Das war Mord. Warum haben die versucht, uns umzubringen?“ Mit zitternden Fingern schiebt er ein blaues Tuch unter seine Brille und betupft seine Augen. „Warum wird das nicht angeklagt? Menschen leiden deswegen.“

Der Bürgermeister von Namie hat nach der Katastrophe angefangen, sich ganz grundsätzliche Fragen über sein Land zu stellen: „Es wurde gesagt, dass unser Land zivilisiert ist und dass die Atomkraft sogar ein Zeichen dieser Zivilisation ist.“ Er habe immer daran denken müssen, als er im Notlager in Tsushima die Bilder des explodierenden Kraftwerksgebäudes sah: „Warum können wir das nicht kontrollieren? Wir kämpfen gegen ein Monster, das wir selbst geschaffen haben.“

Gekürzte Fassung. Original erschienen in DER SPIEGEL 51/2011: www.spiegel.de/spiegel/print/d-83180879.html



Foto: Joi Ito / flickr

Lost in Radiation? – Wohl kaum ...

Leben in Tokio ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima

Das große Erdbeben von Tohoku liegt beinahe ein Jahr zurück. Seit meinem ersten Bericht aus Tokio im letzten Mai hat sich die tatsächlich erlebte Situation nicht mehr gravierend verändert. Während man in Deutschland zwischenzeitlich das Interesse verloren hatte, blieben die Auswirkungen des Erdbebens vom 11. März in Japan fester Bestandteil der täglichen Berichterstattung – und beschränkten sich dabei nicht nur auf den Fortgang der Versuche, die havarierten Atommeiler zu stabilisieren (und die Rückschläge, die dabei eingesteckt werden mussten). Was in Deutschland als aufrüttelnde Erkenntnis „verkauft“ wurde, gehörte in Japan so meist zum „täglichen Brot“ und konnte – besonders, wenn man es im Zusammenhang der Gesamtsituation betrachtete – zwar nicht erstaunen, ließ in seiner Präsentation in den ausländischen (namentlich der deutschen) Medien ein besonderes Feingefühl für die psychische Verfassung der Opfer aber vermissen.

Der Sommer brachte den ersten Test für die Fähigkeit der Menschen, sich im Energieverbrauch einzuschränken. Japan wurde für seine Erfolge beim Stromsparen belobigt – hat allerdings auch „nur“ von einem als Verschwendung zu bezeichnenden Niveau kommend gespart (Firmen und öffentliche Einrichtungen waren zu 15% Einsparung verdonnert worden). Dennoch: Für viele war es vielleicht sowohl lehrreich, als auch gut zu ertragen, dass Büros nur noch auf 28°C oder gar nicht gekühlt wurden und man beim Betreten von Kaufhäusern nicht mehr in eine Kältestarre verfiel. Die schon in vergangenen Jahren ausgegebene, kaum beachtete Parole, im Sommer auf „Cool Biz“-Bekleidung (keine Krawatte, kein Sakko) umzusteigen, war auf „Super Cool Biz“ (keine Krawatte, kein Sakko, halbbärmeliges Hemd) ausgeweitet worden. Die Umsetzung war immerhin durchgewachsen. Im Übrigen ist seit Herbst 2011 im täglichen Leben von Stromengpässen nichts mehr zu spüren.

Im Angesicht des Machbaren und vor allem aufgrund massiver Proteste sollen nun die vorübergehend angehobenen Grenzwerte, bis zu denen radioaktiv belastete Nahrungsmittel in Umlauf gebracht werden dürfen, drastisch (unter europäisches Niveau) gesenkt werden. Ohnehin findet man seit Monaten kaum noch

Nahrungsmittel aus den direkt betroffenen Präfekturen in den Regalen der Supermärkte. Die Solidarität mit den (nicht nur vom Atomunglück) betroffenen Bauern stößt – allen wohltonenden Aufrufen zum Trotz – auch bei Japanern an die ganz natürlichen Grenzen des Vertrauens.

In Deutschland erfuhr die Anti-Atom-Demonstration vom 19. September 2011 große Aufmerksamkeit und wurde Gegenstand ausführlicher Berichte, während sie in Japan Randnotiz blieb. So sehr ich dieses massenhafte Eintreten gegen die Atomkraft begrüßt habe, so sehr hat diese Demonstration, die in meiner direkten Nachbarschaft stattfand, doch nur das bestätigt, was ich im Mai geschrieben hatte: Die ca. 50.000 Demonstrationsteilnehmer sind geradezu lächerlich wenig, wenn man bedenkt, dass sie nicht einmal 1,5 Promille der Bevölkerung des Großraumes Tokio repräsentierten. Der interessierte Teil der Bevölkerung bringt seine Ablehnung mit anderen Mitteln zum Ausdruck. Das bekommen die Gouverneure der Präfekturen zu spüren, die vor der Entscheidung stehen, heruntergefahrte Meiler wieder in Betrieb zu nehmen oder nicht und sich mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Bevölkerung konfrontiert sehen. In dem bestehenden Gesellschaftssystem, das Fehler nicht gestattet (oder besser: aufgedeckte Fehler nicht verzeiht), baut sich sehr schnell eine Kette von gegenseitigen Sicherheitsgarantieansprüchen auf, die bei Atomkraftwerken in Japan nun bestimmt noch zögerlicher erfüllt werden, als dies unlängst im Hau-Ruck-Verfahren für alle europäischen Meiler getan wurde. Ob dies letztendlich dazu führen wird, dass die überwiegende Mehrzahl der Atomkraftwerke abgeschaltet bleibt, vermag ich nicht zu beurteilen.



Thomas Gittel ist selbstständiger Unternehmensberater und lebt in Japan. Die Auswirkungen des großen Erdbebens und die Monate seither hat er in Tokio miterlebt.

From Hiroshima to Future Generations

20. IPPNW-Weltkongress 2012 in Hiroshima

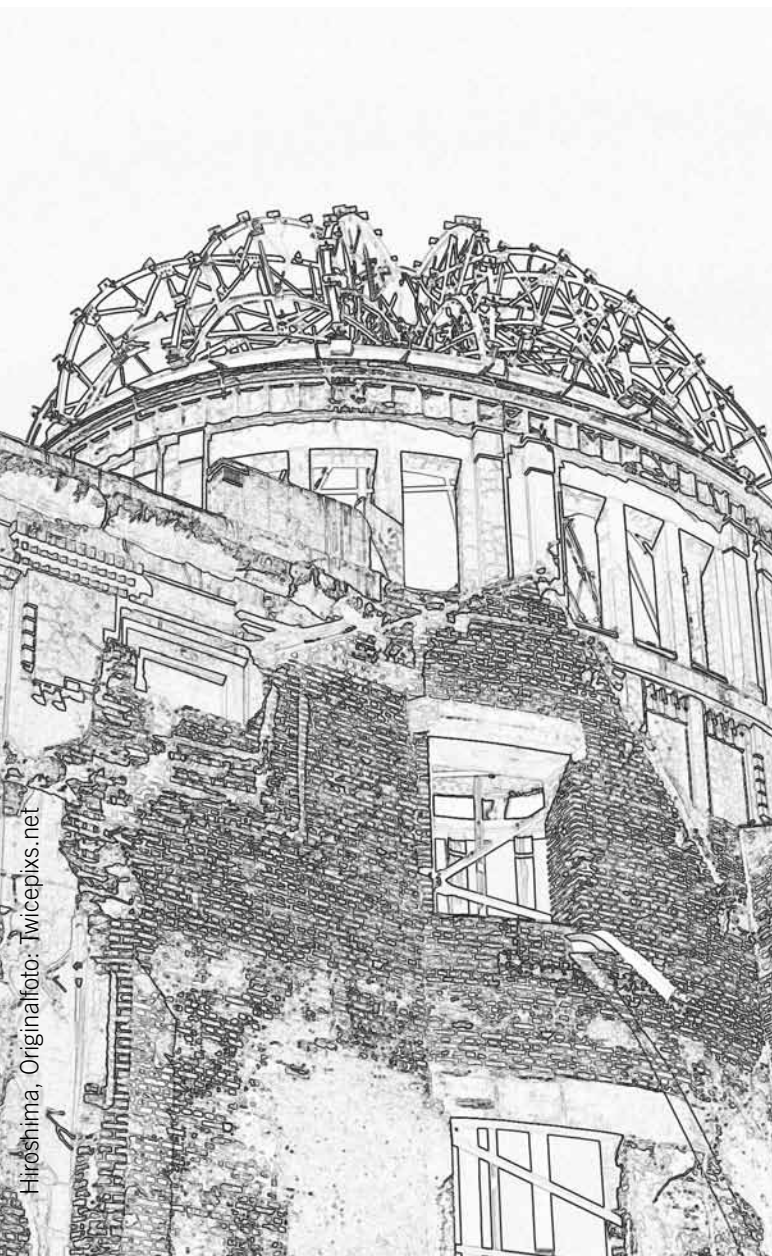
67 Jahre nach dem Abwurf der Atombombe über Hiroshima trifft sich die IPPNW an genau diesem Ort zu ihrem 20. Weltkongress unter dem Titel „From Hiroshima to Future Generations“.

Der Kongress wird vom 24. bis 26. August im „International Conference Center Hiroshima“ stattfinden, bereits am 22. und 23. August treffen sich die Studenten zum IPPNW-Studierenden-Kongress. Das Kongresszentrum mitten im „Hiroshima Peace Memorial Park“ wurde 1989 mit dem 9. Weltkongress der IPPNW eingeweiht.

Nachdem der letzte Kongress 2010 in Basel sozusagen vor unserer Haustüre stattfand, werden wir diesmal dorthin fahren, wo die Bedrohung durch Atomwaffen so spürbar ist wie an keinem anderen Ort. Dorthin, wo die erste im Krieg eingesetzte, „Little Boy“ genannte Atombombe explodierte, an deren Folgen mindestens 140.000 Menschen gestorben sind.

Die IPPNW fokussiert mit diesem Kongress ihren Blick also auf ihr Gründungsanliegen: die Verhütung eines Atomkrieges. Die Entwicklung seit 1945 hat dazu geführt, dass beim erneuten Einsatz von Atomwaffen mit Zerstörungen zu rechnen wäre, die das Ausmaß von 1945 weit übertreffen und das Leben auf unserem Planeten auszulöschen drohen. Trotz aller Verträge, die zwischen den Atommächten geschlossen wurden: Heute liegen weltweit etwa 20.000 Nuklearwaffen in den Händen einer wachsenden Zahl von atomar bewaffneten Staaten, allen voran der USA und Russlands. Viele dieser Waffen unterliegen noch immer dem gefährlichen „hair-trigger alert“ und können ohne Vorlaufzeit zum Einsatz kommen. Die Gefahr eines Atomkrieges wird in weiten Teilen unserer Öffentlichkeit heute unterschätzt. Umso wichtiger erscheint es, die bedrückenden Tatsachen immer wieder in Erinnerung zu rufen.

Dass wir in unserem Einsatz gegen die nukleare Bedrohung nicht allein auf Atomwaffen schauen dürfen, hat der nukleare Super-GAU von Fukushima uns deutlich vor Augen geführt. Die Menschen in Japan sind mit der Bewältigung dieser Katastrophe



Hiroshima, Originalfoto: Twicepix.net

noch intensiv beschäftigt. Der Kongresspräsident Dr. Shizuteru Usui drückt es so aus: „Japan wird erneut mit der nuklearen Bedrohung konfrontiert“; und er kündigt an, dass auf dem Kongress „der intensiven Diskussion des Themas Fukushima und der friedlichen Nutzung der Atomenergie“ erhebliche Zeit eingeräumt wird.

Es scheint derzeit also kaum einen passenderen Ort für den IPPNW-Weltkongress zu geben, an dem die Bedrohung unmittelbar erlebbar wäre. Die Plenarsitzungen werden sich, das ergibt sich schon aus dem Tagungsort, zunächst mit den Folgen der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki sowie mit dem Kernthema unserer Friedensorganisation, der Verhütung eines erneuten Einsatzes von Atomwaffen und der Abschaffung von Atomwaffen beschäftigen. Japanische Kollegen haben sich beispielsweise ausführlich mit der Epidemiologie der Strahlenschäden beschäftigt und werden davon berichten. Nach bisherigem Stand wird es zudem mehrere Plenarsitzungen zum Thema Fukushima und Atomenergie geben. Ein erstes Programm liegt inzwischen vor.

Der Kongresspräsident ist selbst ein Augenzeuge und Überlebender der Atombombe, er war zum Zeitpunkt der Detonation nur 2,3 km vom Zentrum der Explosion entfernt. Die Zahl der Überlebenden hat 66 Jahre nach dem Bombenabwurf stark abgenommen, sodass nur noch wenige der Augenzeugen, der sogenannten Hibakusha, beim Kongress anwesend sein werden. In der japanischen Sektion der IPPNW (JPPNW) hat sich inzwischen eine Gruppe von Ärzten gebildet, die sich „Physicians of 2nd Generation Hibakusha“ nennt, und sich insbesondere die Weitergabe der Erfahrungen der Opfer der Atombomben zur Aufgabe gemacht hat.

Der unmittelbar vor dem Hauptkongress stattfindende Studenten-Kongress hat ein eigenständiges Programm und wird von den Studenten selbstständig vorbereitet und durchgeführt. Die inzwischen schon traditionelle Radtour fährt diesmal unter dem Titel „BAN TOUR – biking against nukes“ von Nagasaki nach Hiroshima.

Zum diesjährigen Weltkongress werden die meisten Teilnehmer per Flugzeug anreisen, und es ist zugegeben eine Reise um den halben Globus. Kritiker solcher reiseintensiven Events sollten nicht leichtfertig überhört werden. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass zu viel geflogen wird und dass dies unserem Planeten auf Dauer nicht gut bekommt. Andererseits: Wir sind eine wichtige Stimme in der engagierten Zivilgesellschaft. Und unsere IPPNW lebt, was ihre internationale Friedensarbeit angeht, zu einem wesentlichen Teil von diesen Kongressen. Letztlich muss dies jedes Mitglied für sich entscheiden. Ich würde mich freuen, wenn eine Delegation der deutschen IPPNW nach Hiroshima reist, die die Vielfalt unserer Arbeit dort vertreten und die vom Kongress mitgenommenen Impulse dann wiederum in unsere Sektion hineinragen kann.

Aktuelle Informationen zum Kongress und das Programm können auf der Kongress-Homepage abgerufen werden:

<http://ippnw2012.org> (ohne www!)

Dr. Helmut Lohrer
ist Arzt und International
Councillor der IPPNW
Deutschland.



7. – 21. August 2012

IPPNW-Anti-Atom-Fahrradtour durch Japan



40 junge Ärztinnen, Ärzte und Studierende der IPPNW kommen aus aller Welt nach Japan, um an einer Anti-Atom-Radtour teilzunehmen: von Nagasaki bis Hiroshima in zwei Wochen. Auf dem Weg sind Treffen mit Bürgermeistern geplant, öffentliche Kundgebungen, Plakatausstellungen und Diskussionsrunden. Die Bevölkerung soll über die Gefahren von Radioaktivität aufgeklärt werden; gleichzeitig wollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer verstehen, wie die Bevölkerung ein Jahr nach Fukushima über Atomenergie denkt.

An der Tour nehmen auch Studierende und junge Mediziner aus Nepal, Indien, Nigeria, Nicaragua, dem Iran, Ägypten, der Ukraine und den Philippinen teil. Sie brauchen dazu aber Ihre Unterstützung. Durch den Kauf eines Loses der IPPNW-Tombola oder durch eine direkte Geldspende kann man diesen jungen Aktivistinnen und Aktivisten aus dem globalen Süden die Teilnahme an der Radtour ermöglichen. Kontaktieren Sie uns, wenn Sie helfen wollen. Über unserer Homepage kann man sich die Motivationsschreiben aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer ansehen und direkt Kontakt mit den Organisatoren der Tour aufnehmen. Wir freuen uns auf Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen aus Manila, Tokio, Genf und Köln: das Organisationsteam der IPPNW Bike Tour Japan 2012

www.ippnw-students.org/Japan

biketourjapan@gmail.com

Frieden und Gesundheit im Nahen Osten

Treffen internationaler IPPNW-Vertreter in Ankara

IPPNW-Kolleginnen und Kollegen aus Europa und dem Nahen Osten haben sich im Dezember 2011 in Ankara getroffen, um die Zusammenarbeit in der Region zu stärken. Zu den Teilnehmern zählten Ärzte und Ärztinnen aus Israel, Iran, Ägypten, USA, UK, Frankreich, der Türkei und Deutschland. Die Veranstaltung war Teil der Aktivitäten der „Mittelmeer-Kommission“ der IPPNW, die sich zum Ziel setzt, Aktivitäten in der Region zu fördern. Es ist eine Besonderheit der IPPNW, dass vielfältige freundschaftliche Kontakte in unterschiedlichen Ländern bestehen.

In der abschließenden „Erklärung von Ankara“ werden die Regierungen aufgefordert, diplomatische Lösungen für die Konflikte zu suchen und auf militärische Gewalt zu verzichten.

Angesichts der Stationierung von taktischen Atomwaffen der NATO in der Türkei und der israelischen Atombewaffnung und vor dem Hintergrund der iranischen Atomprogramme wird gefordert, dass die Regierungen unverzüglich Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone Mittlerer Osten aufnehmen. Hier unterstützt die IPPNW den NPT-Prozess. Die Nachfolgevereinbarungen des Atomwaffensperrvertrages sehen vor, 2012 oder 2013 eine internationale Regierungskonferenz durchzuführen, um über eine solche atomwaffenfreie Zone zu verhandeln.

Die finnische Regierung ist für die Umsetzung der Konferenz in Finnland bereits beauftragt. Der internationale IPPNW-Vorstand ist im Kontakt mit dem finnischen Außenministerium, um die Arbeit zu begleiten. Es wäre unter den aktuellen Umständen ein Erfolg, wenn die israelische Regierung (als Nicht-Unterzeichner-Staat des Atomwaffensperrvertrages) und die iranische Regierung überhaupt gemeinsam teilnehmen würden.

Eine atomwaffenfreie Zone Mittlerer Osten gehört seit Jahren zu den Kernforderungen arabischer Nicht-Atomwaffen-Staaten mit Ägypten traditionell an der Spitze. Jetzt besteht die historische Chance, erstmalig seit dem Bestehen des Atomwaffensperrvertrages von 1970, konkrete Gespräche aufzunehmen. Allerdings gibt es aktuell unter den politischen Veränderungen unter anderem in Ägypten, so der regionale IPPNW-Vizepräsident für den Mittleren Osten Ahmed Saada, auch Überlegungen für eine eigene atomare Bewaffnung zum Beispiel Ägyptens. Die Zeit für Entscheidungen drängt also.

Stiftungsgelder, die die internationale ICAN-Kampagne eingeworben hat (eine Initiative der IPPNW), haben dazu gedient, eigene Kampagnenleiter sowohl in Ägypten als auch in Israel einzustellen.

Die IPPNW mit ihrer nationalen Sektion im Iran wird hier aktiv sein, um bestehende Kontakte ins iranische Regierungslager zu vertiefen. Bereits in den vergangenen beiden Jahren war mit Prof. Gunnar Westberg aus Schweden ein IPPNW-Vertreter zu hochrangigen Gesprächen in Teheran.

In einer Stellungnahme der internationalen IPPNW werden alle Planungen für Angriffe auf iranische Einrichtungen abgelehnt. Diese „hätten eine weiträumige Verwüstung zur Folge, würden das Risiko einer Weiterverbreitung der Atomtechnologie erhöhen und die Chancen für Frieden in der Region blockieren“, so der IPPNW-Vorstand.

Die IPPNW mahnt alle Nationen – im besonderen Israel und die Vereinigten Staaten – Abstand zu nehmen von der Planung militärischer Schläge gegen Iran und mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um mittels diplomatischer und gewaltfreier Wege, die immer noch offen stehen, die berechtigten Bedenken, dass Iran ein Atomwaffenprogramm hat, aufzulösen.

IPPNW fordert Iran außerdem dazu auf, wieder vollständige und transparente Beziehungen mit der IAEA herzustellen und den Inspektoren der IAEA umfassenden Zugang und alle benötigten Informationen zu geben, um vor der internationalen Gemeinschaft sicherzustellen, dass der Iran in Übereinstimmung mit seinen aus dem Atomwaffensperrvertrag resultierenden Verpflichtungen handelt und nicht an der Entwicklung von Atomwaffen arbeitet.

Die Deklaration von Ankara (englisch) finden Sie im Internet unter:
<http://tinyurl.com/8y89c6x>

Die Stellungnahme der Internationalen IPPNW „Militärische Interventionen verhindern nicht die Verbreitung von Atomtechnologie“ finden sie unter:
<http://tinyurl.com/88qbkr8>



Lars Pohlmeier
ist IPPNW-
Vizepräsident
für Europa.



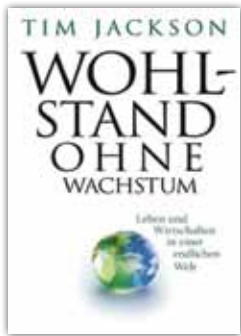
Gegen Krieg

Aktionen im Dezember und Januar

Vom 3. bis 5. Dezember 2011 protestierte ein breites Bündnis aus Antikriegs- und Friedensbewegung, darunter auch Vertreter der IPPNW, unter dem Motto „Sie reden von Frieden, Sie führen Krieg – Truppen raus aus Afghanistan!“ in Bonn. Anlass war die 10-jährige Besatzung Afghanistans sowie die internationale Afghanistan-Regierungskonferenz.

Am 26. Januar 2012 fand in Berlin eine Mahnwache anlässlich der Beschlussfassung im Bundestag zur Verlängerung des Einsatzes der Bundeswehr in Afghanistan statt. Die Berliner IPPNW beteiligte sich wieder mit ihrer Aktion: „Den Opfern ein Gesicht geben“





Wachstum ist Mumpitz

„Die Ökonomie ist ein ökologischer Analphabet“, schreibt der britische Professor und Regierungsberater Tim Jackson. Sein 2011 auf deutsch erschienenes Buch „Wohlstand ohne Wachstum – Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt“ dekliniert verständlich durch, warum das gegenwärtige System bankrott ist.

Jackson widerlegt die Annahme, das Bruttoinlandsprodukt ließe sich beliebig steigern und der Ressourcenverbrauch parallel dazu reduzieren. Auch alle „Green New Deal“-Konjunkturprogramme sieht er als Luftnummern.

Zentraler Treiber des Wachstums ist nach Jackson die soziale Ungleichheit. Auf den Markt kommen immer neue Angebote für die Reichen, die dann auch die weniger betuchten anstreben. Sobald etwas Massenprodukt geworden ist, suchen die Wohlhabenden wieder etwas anderes, Exklusiveres. So steigt zwar das Konsumniveau ständig – aber nicht die Zufriedenheit. Anders als in Entwicklungsländern, wo es um die Befriedigung von Grundbedürfnissen geht, sind Wohlstand und Zufriedenheit im Norden durch ganz andere Faktoren erreichbar: Alle in der Gesellschaft sollen physisch, psychisch und sozial „gedeihen“ können.

Zwar sieht Jackson solche sozialen Werte bereits in einigen spirituellen Gemeinschaften verwirklicht, und auch Tauschringe und Umsonst-Läden gehören für ihn zu einem solchen Wohlstandsmodell. Doch im Grunde traut er den Initiativen von unten nicht viel zu. „Ohne starke Führung kann es keinen Wandel geben.“ Jackson räumt ein, dass fast alle Regierungen in den vergangenen 50 Jahren den genau entgegengesetzten Kurs gefahren sind, doch nun sollen sie – wie auch immer – zur Vernunft kommen und beispielsweise absolute CO₂-Obergrenzen festlegen und sie gleichmäßig auf die Köpfe der Weltbevölkerung verteilen.

Diese Fixierung auf traditionelle Lösungsmuster und die Abqualifizierung vielfältiger Graswurzelansätze ist nicht nachzuvollziehen und widerspricht allen Erfahrungen von tatsächlicher Veränderung.

Annette Jensen

Tim Jackson; Wohlstand ohne Wachstum, Oekom Verlag München, 2011, 240 Seiten, Preis: 19.95 €
ISBN-13: 978-3-86581-245-2,

Anders als hier

Die Dokumentation „Radioactivists – Protest in Japan since Fukushima“ befasst sich mit der Anti-AKW-Bewegung Japans seit Fukushima. Dabei zeigt die Dokumentation, dass diese Bewegung mehr ist als Wut über Atomindustrie und Regierung, sondern Ausdruck gesellschaftlichen Wandels.

Bunter Protest gegen Atomkraft ist in Deutschland keine Besonderheit mehr. Wer einmal in Gorleben oder auf einer anderen Großkundgebung war, kennt die Bilder tausender „Atomkraft? Nein, danke!“-Fahnen und all die anderen Ausdrucksformen gegen die hier schon seit Langem abgelehnte Atomkraft. Auf den ersten Blick scheint sich Japan nicht zu unterscheiden. Die Dokumentation zeigt eine große Demonstration mit 15.000 Protestierenden voll von Schildern, Fahnen und vielem mehr. Doch auf den zweiten Blick wird klar, dass alles völlig anders ist. Alles ist selbstgemacht, chaotischer und doch energetischer, weil neuer, jünger und ungeübter. Und das vor allem, weil es in Japan seit den 60er Jahren keine nennenswerte Protestkultur mehr gab.

Hier stößt die Dokumentation dann auch auf den Kern ihrer Aussage: Japan nach Fukushima ist ein Land, dessen Bevölkerung seine Stimme zurückerhalten hat und sich wandelt. Die Demonstrationen gegen Atomkraft sind erst der Beginn eines gesamtgesellschaftlichen Wandels von einer repressiven Gesellschaft hin zu einer meinungsfreudigen, freieren Gesellschaft. Das kann man von der Anti-Atomkraft-Bewegung in Deutschland nicht behaupten, ist sie doch längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. So wecken dann auch die zentralen Figuren bei der Organisation der Demonstration Überraschung: Anarchisten, Rebellen und Punkrock-Bands. Nichts Ungewöhnliches bei Protesten, aber in Deutschlands Anti-AKW-Bewegung inzwischen doch eher Randerscheinungen. Auf diese Weise zeigt die Dokumentation gut, wie ähnlich und doch unterschiedlich die Bewegungen in beiden Ländern sind. Ob der Protest in Japan aber tatsächlich überwiegend durch Aktivisten der anarchistischen Szene getragen wird, wie die Dokumentation vermittelt, kann zumindest bezweifelt werden. Nichtsdestotrotz ist dieser dokumentarische Ausflug nach Japan sehenswert und vielleicht für einige auch eine neue Inspirationsquelle für den hiesigen Protest.

Malte Hergaden

Die DVD ist erhältlich unter: radioactivists.org/de/

Fukushima-Faltblatt

Zum Jahrestag der sich am 11. März jährenden Atomkatastrophe von Fukushima hat die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW ein 4-seitiges Faltblatt mit dem Titel „Fukushima - Das atomare Zeitalter beenden!“ veröffentlicht.

Die Themen: Einzelne Aspekte des Unfallhergangs, das Ausmaß der radioaktiven Freisetzungen, Probleme des Katastrophenschutzes, die Kontamination von Lebensmitteln, zweifelhafte Grenzwerte, mangelnder Aufklärungswille offizieller deutscher Stellen und die deutsche Atompolitik vor Fukushima. Sie können das Faltblatt per Telefon, Fax oder E-Mail in der IPPNW-Geschäftsstelle bestellen oder in unserem Internet-Shop unter:

<http://tinyurl.com/7pjbx19>

Bis 49 Exemplare kostenfrei mit Spendenbitte, 50 Exemplare 10 Euro, 100 Exemplare 15 Euro, 500 Exemplare 30 Euro, 1.000 Exemplare 50 Euro.



GEPLANT

Das nächste Heft erscheint Mitte Juni 2012. Im Schwerpunkt geht es dann um

Waffenhandel und Rüstungsexporte

Wir berichten u.a. über politisch brisante deutsche Exporte von Kriegswaffen, die Folgen für die Opfer und benennen die Profiteure des Geschäfts mit dem Tod.

Das Forum lebt von Ihren Ideen und Beiträgen. Schreiben Sie uns: wilmen@ippnw.de

IMPRESSUM UND BILDNACHWEIS

Herausgeber: Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) Sektion Deutschland

Redaktion: Sabine Farrouh (V.i.S.d.P.), Angelika Wilmen, Samantha Staudte

Freie Mitarbeit: Malte Hergaden, Jonas Berninger
Anschrift der Redaktion: IPPNWforum, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Telefon: 030 / 69 80 74 0, Fax 030 / 693 81 66

E-Mail: ippnw@ippnw.de, www.ippnw.de

Bankverbindung: Bank für Sozialwirtschaft, Konto 22 22 210, BLZ 100 205 00

Das Forum erscheint vier Mal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Sämtliche namentlich gezeichneten Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers. Nach-

drucke bedürfen der schriftlichen Genehmigung.

Redaktionsschluss für das nächste Heft: 23. April 2012

Gestaltungskonzept: www.buerobock.de, **Layout:** Samantha Staudte; **Druck:** H&P Druck Berlin; **Papier:** PlanoArt, Recycling FSC. **Bildnachweise:** Titelfoto: ©ddp images/AP/David Guttenfelder; S.6 links: www.facebook.com/baba.amr.eye.photo; S.6 rechts: Julius Kusuma/Wikimedia Commons; S.7 links: Divulgação/flickr; S.7 Mitte: Dierk Schaefer/flickr; S.7 rechts: Tohyora/flickr; S.25 & S.26: © ddp images/AP/David Guttenfelder; nicht gekennzeichnete: privat oder IPPNW.

MÄRZ

2.-23.3. Für eine Kultur des Friedens, Ausstellung, Mainz

9.3. Ein Jahr nach Fukushima
 Öffentliche Veranstaltung der IPPNW Stuttgart

11.3. 1. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Fukushima, Demonstrationen und Aktionen bundesweit

11.3. Fukushima-Gedenktag im Rahmen der Ausstellung „Für eine Kultur des Friedens“ mit Beitrag von Dr. Winfried Eisenberg, IPPNW, Mainz

16.3. Bombenrisiko Atomkraft: Unsere Zukunft atomwaffenfrei im Rahmen der Ausstellung „Für eine Kultur des Friedens“, Mainz

26.3. Start der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“

APRIL

12.-15.4. Europäisches Studierendentreffen (ESC), Berlin

13.4. Veranstaltung mit dem japanischen Journalisten Takeshi Uesugi (Vorsitzender der Free Press Association Japan), Berlin

14.4. Veranstaltung mit dem japanischen Journalisten Takeshi Uesugi (Vorsitzender der Free Press Association Japan), Herford

18.4. Medizinqualität statt eCard, Veranstaltung mit Vortrag, Berlin

20.-22.4. IPPNW-Jahrestreffen und Mitgliederversammlung, Braunschweig

26.4. 26. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl

27.4.-6.5. Vorbereitungskonferenz zur Überprüfungs-konferenz des Kernwaffen-Nichtverbreitungsvertrages, Wien

MAI

12.5. Friedenskultur 2012 – Unsere Zukunft atomwaffenfrei, Essen

17.5.-4.6. Internationale Fahrradraktion „Atomwaffen abrüsten statt modernisieren“

Informationen und Kontaktdaten:
www.ippnw.de/aktiv-werden/termine

6 Fragen an ... Malalai Joya

Afghanische Politikerin und jüngste
Parlamentarierin Afghanistans



Foto: Steve Rhodes / flickr

1 Unsere Regierung argumentiert, dass die Besatzung notwendig war, um den Wiederaufbau in Afghanistan zu sichern. Was meinen Sie?

Zehn Jahre Besatzung und Krieg brachten nicht die geringste Verbesserung im Bereich des Wiederaufbaus und der Frauenrechte. Milliarden Dollar wurden nach Afghanistan gepumpt und hätten daraus ein Paradies machen können. Stattdessen verschwand das Geld in den Taschen der von den USA unterstützten Warlords und Fundamentalisten. Wiederaufbaumaßnahmen sieht man nur in den urbanen Zentren wie Kabul, Herat und Mazar-e-Sharif. Die US-Regierung hat über 55 Milliarden Dollar in den Wiederaufbau gesteckt, aber noch immer ist Afghanistan im Human Development Index (UN-Index, der die menschliche Entwicklung weltweit misst und vergleicht) auf Position 181 von 182 Ländern, d.h. das mit am schlechtesten entwickelte Land der Welt.

2 Hat sich die Situation der Frauen im Land verbessert?

Afghanistan sieht sich einem Desaster gegenüber, was die Frauenrechte angeht. Nicht nur, dass sich die Situation von Frauen in den letzten Jahren verschlechtert hat, sie ist in vielen Provinzen sogar schlimmer als zu Taliban-Zeiten. Frauen werden vergewaltigt, entführt, ermordet, mit Säuren angegriffen. Immer mehr Frauen und Mädchen versuchen diesem Elend durch Selbstmord zu entkommen. Erst kürzlich wurde ein 17-jähriges Mädchen vom Vorsitzenden des Regionalrates von Kunar vergewaltigt. Ein Neffe des Parlamentariers Qazi Kabir Marziban, Abdul Basir zwang ein Mädchen zur Heirat und schoss ihr danach in den Kopf. Dies zeigt die Degradierung der Frauenrechte unter der NATO-Besatzung genau wie zu Taliban-Zeiten.

3 Hat die NATO Demokratie nach Afghanistan gebracht?

In all den Jahren der Besatzung brachten die US/NATO-Truppen nur Krieg, Terror, Armut, Brutalität und Unsicherheit. Zu sagen, sie seien hier, um uns Demokratie zu bringen, ist ein schmerzhafter und zynischer Witz angesichts des ungebrochenen Leidens meines Volkes. Das einzige Geschenk, das sie uns brachten, war die Einsetzung einer Reihe von berüchtigten mit Kriegsverbrechen beladener Warlords und Krimineller in die

höchsten Ränge der Macht, die ihre Verbrechen gegen das Volk, insbesondere gegen Frauen, fortsetzen. Sie werden bis heute von USA/NATO gepflegt und gehegt.

4 Wie beurteilen Sie die Parlamentswahlen und die Regierung Hamid Karzais?

Die westlichen Medien präsentierten die Wahlen wie ein zentrales, wichtiges Thema für die afghanische Bevölkerung. Doch dem war nicht so. Die Parlamentswahlen hatten keine Relevanz für die afghanische Bevölkerung, die genug damit beschäftigt ist im Dschungel von Hunger, Armut, Arbeitslosigkeit, Unsicherheit, Korruption und anderer Desaster zu überleben. Zudem war die Wahl reine Makulatur. Keine Wahl, sondern eine bereits zuvor festgelegte Auswahl an Personen ohne jede demokratische Legitimierung. Karzai ist schlussendlich nur ein Lakai der USA und folgt blind und devot ihren Anweisungen und Befehlen.

5 Sehen Sie eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen in Afghanistan?

Bevor das fundamentalistische, kriminelle Regime nicht vollständig zerschlagen ist, wird Afghanistan nie den Weg in eine lebenswerte Zukunft einschlagen können. Erst wenn sich eine wirklich demokratische, ehrliche, nicht-korrupte, sich aktiv für Frauenrechte einsetzende und antifundamentalistische Regierung in Afghanistan etabliert hat, werden sich Verbesserungen der Lebensbedingungen einstellen.

6 Was können wir Ihrer Meinung nach tun, um die fortschrittlichen Kräfte Afghanistans wirklich zu unterstützen?

Zuallererst bedürfen diese Kräfte sehr dringend finanzieller Unterstützung, um ihren Kampf fortführen zu können. Zusätzlich können Sie uns politisch unterstützen, indem Sie Demonstrationen und Kampagnen organisieren und so aktiv auf Ihre Regierung einwirken, damit sie die Bundeswehr abzieht, ebenso wie die ihre Unterstützung von Warlords in der Regierung Karzais beendet und endlich aufhört, der verräterischen US-Kriegspolitik zu folgen. Klären Sie in Ihrem Land und der Welt über die Kriegsaktivitäten der USA und den Kampf der progressiven Kräfte hier in Afghanistan auf.

net4media macht Webseiten und Online-Shops für Unternehmen, Institutionen und Verbände sowie Kampagnen-Homepages.

net4media
net4media solutions GmbH

Eine aktuelle Auswahl unserer Kunden:



Weitere Informationen im Internet: » www.net4media.de



Tagung:

FRIEDENSKULTUR.2012

UNSERE ZUKUNFT ATOMWAFFENFREI

SAMSTAG 12. MAI

Burgplatz 1, Essen, 10:30 - 18 Uhr

Im Plenum und in Foren diskutieren:

Prof. Werner Ruf, Dr. Jochen Hippler, Giorgio Franceschini, Dr. Angelika Claußen, Regina Hagen u.a.



Volkshochschule
Essen

FRIEDENSKULTUR.2012
UNSERE ZUKUNFT ATOMWAFFENFREI!

INFOS UND ANMELDUNG:

www.friedenskultur2012.de



Kampagne
atomwaffenfrei.
jetzt



Tauber-Solar

- Betreiber der größten Dachanlagen der Welt
- Sonnenkraftwerke in Deutschland und Spanien
- Forschungsförderung an der Universität Würzburg
- Deutscher Solarpreis 2007

Sonnenstrom bringt Sicherheit,
ist sauber und gut fürs Klima.
Machen Sie mit!



Vermieten Sie uns Ihre Dach-
flächen, Mindestgröße 500qm!
Vertrauen Sie dem Marktführer!

